

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Was vom Tage übrig blieb

Barbara Blaha

Während des Wendens
ist die Partei verletzlich

Caspar Einem

Aus Fehlern lernen

Ludwig Dvořák

Wege aus der Eurokrise

Wolfgang Edelmüller

Der Dritte Weg

Ernst Gehringer



Kunstammer Wien

KUNSTHISTORISCHES MUSEUM WIEN



EDITORIAL

Nach der Volksbefragung ist vor dem Wahlmarathon des Jahres 2013. Aus diesem Grund beschäftigen wir uns in der Februar-Ausgabe der ZUKUNFT sehr intensiv mit dem Ergebnis des Wehrpflicht-Plebizits und was daraus abzuleiten ist:

Barbara Blaha, die sich mit ihrem Blog diefakten.at von links gegen ein Berufsheer positioniert hatte, zieht in ihrem Beitrag Schlussfolgerungen aus dem Wahlresultat: Das Votum sei eine **Niederlage für den Boulevard** und für den **Glauben, mit seiner Unterstützung Politik bestimmen zu können**. Das Ergebnis liefere jede Menge Anknüpfungspunkte für linke Politik, an die es nun anzuschließen gälte.

Caspar Einem, der einem **Berufsheer** grundsätzlich positiv gegenübersteht, weist in seinem Beitrag darauf hin, dass ein Kurswechsel in einer fundamentalen Frage **innerparteilicher Debatte und Vorbereitung** bedürfe, an der es in diesem Fall **schmerzlich gefehlt** habe.

Ludwig Dvořák zeigt in seinem Beitrag auf, welche Schlüsse die SPÖ aus dem Ergebnis ziehen könnte und warum es sich für sie lohnen würde, **aus Fehlern zu lernen**.

Das Thema Wirtschaftskrise lässt uns aber auch in dieser Ausgabe nicht los. Der Ökonom **Wolfgang Edelmüller** stellt **drei Modelle eines Auswegs aus der Euro-Krise** nebeneinander: Der neoliberalen **Austeritätsstrategie** stellt

er dabei ein wachstumsneutrales **Verteilungsszenario** und eine wachstumsorientierte **(post)keynesianische Perspektive** gegenüber.

Quasi ergänzend zum Programm-Schwerpunkt in ZUKUNFT 01/2013 beschäftigt sich Sozialwissenschaftler **Ernst Gehmacher** in seinem Beitrag damit, welcher **»Dritte Weg«** nach dem Scheitern des Kommunismus und dem absehbaren neuerlichen Versagen des »marktwirtschaftlichen Kapitalismus« denkbar wäre.

Felix Butschek stellt in einer ausführlichen Rezension den von Heinz Kienzl und Herbert Skarke herausgegebenen Sammelband **»Anton Benya und der Austrosozialismus«** vor.

Nach den Buchtipps setzt sich **Irene Mozart** abschließend mit der Forderung nach **Euro-Austritten**, der ja besonders unter neoliberalen ÖkonomInnen Hochkonjunktur hat, kritisch auseinander.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

Inhalt



FURIE
FURIENMEISTER

ca. 1610/20
Salzburg?
Elfenbein

37,4 cm x 25,4 cm x 25 cm
© Wien, Kunsthistorisches Museum

Aktuelle Debatte
Nachbetrachtung zur Volksbefragung

6 Was vom Tage übrig blieb

VON BARBARA BLAHA

12 Während des Wendens ist die Partei verletzlich

VON CASPAR EINEM

16 Aus Fehlern lernen

VON LUDWIG DVOŘÁK

22 Wege aus der Eurokrise

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

32 Der Dritte Weg

VON ERNST GEHMACHER

38 Ein österreichisches Heldenzeitalter

VON FELIX BUTSCHEK

44 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

46 Ist der Euroaustritt eine Lösung?

SCHLUSSWORT VON IRENE MOZART

Was vom Tage übrig blieb

Barbara Blahas Nachbetrachtung zur Volksbefragung über die Wehrpflicht.

Am Ende ist es ist also die Wehrpflicht geworden. Als deklarierte Gegnerin eines Berufsheeres ist dieses Ergebnis durchaus in meinem Sinne. Für Triumphgeheul besteht trotzdem kein Anlass, zumal die ÖVP wie zu erwarten an echten Reformen im Heeres- und Zivildienstbereich kein Interesse hat und die Verlierer der Abstimmung, SPÖ und Grüne, schmollend im Winklerl stehen, statt mit Reformvorschlägen das *window of opportunity* zu nützen, das durch die Debatte aufgestoßen wurde. Aber der Reihe nach, schließlich hält die Abstimmung einige Erkenntnisse bereit, die weit über die Frage von Berufsarmee versus Wehrpflicht hinausgehen.

Erkenntnis Nr. 1: Die eigentlichen Verlierer der Abstimmung sind die Kronenzeitung – und jene, die seit Jahren blind auf sie setzen.

Dieser Volksabstimmung ist eine beispiellose Medienkampagne für das Berufsheer vorangegangen. Die Kronenzeitung samt Gratis-Anhängsel »heute« hat ebenso wie Fellners »Österreich« in dieser Sache keinerlei Journalismus betrieben, sondern plumpeste Meinungsmache. Assistenten hat ihnen dabei ein Großteil jener Medien, die ansonsten despektierlich auf das Kleinformat herunter blicken, von »Profil« bis »Standard« und »Falter«. Den meisten der angeblichen »Opinion Leader« schien es trotzdem zu reichen – insbesondere Bildungsschichten gehörten neben der Kronenzeitung zu den entschiedensten Berufsheerbefürwortern. Dass selbst eine solche höchst untypische Allianz aus Elite und Revolverjournalistik nicht einmal dazu ausreicht, die öffentliche Meinung auch nur ansatzweise nach Belieben zu drehen, ist so erstaunlich wie erfreulich. Es straft all jene Zyniker Lügen, die WählerInnen für eine amorphe, dröge Masse halten, die sich mit dem zufrieden gibt was man ihr vorsetzt. Und es führt damit einen Politik-

stil ad absurdum, dem die SPÖ seit Jahren frönt. Diese Form Politik zu machen interessiert sich für politische Anliegen im eigentlichen Sinne nur am Rande. Im Zentrum steht dagegen das Marketing. Das wiederum besteht darin, entweder den Medien großzügig Steuermittel zuzuschauen und sich dafür Hofberichterstattung zu erwarten (was noch erstaunlich oft funktioniert; wer aber glaubt, daraus automatisch Wahlerfolge ableiten zu können sieht sich nun eindrucksvoll widerlegt).

Die zweite Spielart dieser Politik, die tatsächlich Verpackung ist, lässt sich die Themen gleich vom Boulevard vorgeben, vertraut also dessen Riecher dafür, was gerade als dominante vox populi zu gelten hat. Auch in diesem Fall hat sich die Orientierung auf Krone & Co offensichtlich nicht ausgezahlt. Das vermeintliche Trüffelschwein hat am Ende des Tages nur seine eigenen Hinterlassenschaften gefunden. Demokratiepölitisch kann man in all dem jedenfalls einen Fortschritt sehen: Die Leute bilden sich ihr eigenes Urteil und sind offensichtlich weit kritischere MedienkonsumentInnen als bisher angenommen. Das Argument von der politischen Macht des Boulevards ist passé.

Erkenntnis Nr. 2: Direkte Demokratie ohne Information funktioniert nicht.

Aus dem Scheitern der BerufsheerbefürworterInnen lässt sich einiges für künftige direktdemokratische Experimente lernen (aus Sicht desjenigen, der etwas ändern möchte – für den Part, der die Beibehaltung des Status Quo propagiert, gelten die nachfolgenden Punkte nur sehr eingeschränkt). Zum einen bringt man den Souverän offenkundig gegen sich auf, wenn man ihm zentrale Informationen vorenthält und statt dessen auf die Überzeugungskraft der Kampagne setzt. Norbert Darabos hat das getan, hat ein unausgereinigtes Kon-

zept mit teilweise fadenscheinigen Argumenten zu popularisieren versucht und hat trotz der ungleich professionelleren Werbelinie Schiffbruch erlitten. Für erfolgreiche Kampagnen reicht das gedruckte Wort selbst dann nicht aus, wenn es uns als Kronzeitungsschlagzeile gegenüber tritt. Es braucht Menschen, die überzeugt hinter einer Kampagne stehen, um dieser auch tatsächlich zum Durchbruch zu verhelfen. Die SPÖ-Basis war von der Aussicht auf eine »Profi«-Truppe von Beginn an sichtlich wenig erbaut, die Parteiführung war sich dessen auch bewusst.

Statt sich aber einer innerparteilichen Debatte zu stellen (die man sicherlich gewonnen hätte, selbst wenn man Federn hätte lassen müssen), bemühte man sich nach Kräften, alles zu vermeiden, was zu einem offenen Konflikt geführt hätte – selbst um den Preis, dann eben keine Parteibeschlusslage für das eigene Vorgehen zu haben. Wohl nicht zuletzt deshalb hat fast die Hälfte des Parteivolks, das sich tatsächlich an der Abstimmung beteiligt hat, gegen die Parteilinie gestimmt. Die Überzeugungsarbeit muss also im Zentrum der politischen Organisationen beginnen und kann diese nicht übergehen.

Erkenntnis Nr. 3: Dies ist kein klarer Sieg von ÖVP und FPÖ – obwohl die es begreiflicher Weise so aussehen lassen möchten.

Die traditionellen Berufsheer-Parteien sind FPÖ und ÖVP. Wer in den vergangenen Wochen mit deren Klientel gesprochen hat, konnte zwar feststellen, dass die Bereitschaft, der eigenen Parteiführung ihre 180-Grad-Wendung durchgehen zu lassen größer war als im SP-Milieu. In durchaus nicht zu unterschätzenden Teilen zumindest des städtischen konservativen Wahlvolkes blieb aber ein deutlich spürbarer Unmut. Vor allem aber waren die ausschlaggebenden Motive der WählerInnen mehrheitlich keine »rechten«, wie die Nachwahlbefragungen übereinstimmend ergeben haben: Es mag etliche gegeben haben, die für die Wehrpflicht gestimmt haben, weil die den »Jungen nix schadt«. Beherrschend waren aber viel-

mehr Sorgen um die Aufrechterhaltung des Sozialsystems und der Katastrophenhilfe und eine facettenreiche Skepsis gegenüber einem Berufsheer, das sich verband mit einer Sorge um die Neutralität. Weder ÖVP noch FPÖ sind bei Wahlen glaubwürdige politische Repräsentanten solcher Positionen. Es verwundert daher nicht, dass die jüngsten Meinungsumfragen klar signalisieren, dass keine der beiden Parteien einen Bonus im Wahlverhalten generieren konnte.

Vom Standpunkt der Kampagnenfähigkeit setzte sich überdies speziell die ÖVP regelmäßig dem Verdacht aus, in Wirklichkeit gar nicht gewinnen zu wollen, auch abseits des erbarmungswürdigen Auftritt ihres Obmannes im ORF-Bürgerforum. Die FPÖ hielt sich demgegenüber weitgehend zurück und übernahm, wo sie sich doch zu Wort meldete, klassische SPÖ-Argumentationen (Sorge um die demokratische Kultur des Heeres, Kosten, Warnung vor dem Ende der Neutralität). Es erwies sich einmal mehr: Es ist nicht so, dass die Linke keine Wähler hätte – sondern dass die Wähler keine Linke haben.

Erkenntnis Nr. 4: Die Neutralität ist lebendig – höchste Zeit, sie politisch auch umzusetzen.

Mehr als die Hälfte der WehrpflichtbefürworterInnen gab bei den exit polls an, dass die Sorge um die Neutralität für sie ein gewichtiges Argument gegen ein Berufsheer gewesen sei. Diese offenkundig weit verbreitete Sorge vor einer Militarisierung der Außenpolitik wäre eine solide Grundlage für eine progressive, friedensbetonte Neutralitätspolitik statt einer dumpfen und dazu verfassungswidrigen Teilnahme an der GSVP in ihrer heutigen Form. Die Berufsheerlobby hat die Ängste in diese Richtung völlig falsch eingeschätzt und sie entweder genährt, indem sie wie Androsch klipp und klar gesagt hat, dass die Reise in Richtung »Ressourcensicherung« gehen solle, oder indem sie die Behauptungen ihres obersten Rüstungslobbyisten zumindest nicht ausdrücklich in Abrede gestellt hat. Jene Zeitungskommentatoren, die die Neutralität

seit Jahren zum toten Recht niederschreiben und sie deshalb auch nicht zu schützen sei, haben ebenso eine deutliche Absage bekommen wie eine politische Kaste, die sich zuhause als Garanten der Neutralität gerieren, während sie andernorts NATO-Kooperationen betreiben und fleißig am Aufbau der GSPV mitwirken. Gerade dort muß Österreich Farbe bekennen: Die Beistandsverpflichtung kann für uns als neutralen Staat nicht gelten. Das gleichfalls neutrale Irland hat das bereits klar gelegt und auch angekündigt, nicht an Militäreinsätzen ohne UN-Mandat teilzunehmen. Österreich tut gut daran, diesem Beispiel zu folgen und sich darüber hinaus zu überlegen, welche sinnvolle Rolle man als neutraler Staat international spielen kann. Möglichkeiten gäbe es wahrlich genug.

Die Alternative wäre eine Tragödie: Die einzige Partei, die aktiv für die Neutralität eintritt, bliebe die FPÖ – allerdings mit einem »mir san mir alles andere is uns wurscht«-Verständnis von Außenpolitik, das sich auf provinziellen Chauvinismus beschränkt. Auch und vor allem europapolitisch ist das eine geradezu beängstigende Perspektive.


Erkenntnis Nr. 5: Das Ergebnis der Volksbefragung ist kein Votum für den Status Quo beim Bundesheer, sondern der Auftrag für Reformen.

Es ist kein Zufall, dass die Kampagne der Berufsheerlobby die verbreitete Abneigung gegen die Wehrpflicht ins Zentrum zu rücken versuchte, nicht die Begeisterung für die »Profi«-Armee. Umgekehrt war es naheliegend, die Beibehaltung der Wehrpflicht ebenfalls nichtmilitärisch zu begründen, sondern mit dem Zivildienst. Weder SPÖ noch ÖVP und schon gar nicht die FPÖ haben bisher glaubwürdige Reformkonzepte der Wehrpflicht vorgelegt.

Die Ankündigung von Darabos, zur Erarbeitung einer Reform eine innerministerielle Arbeitsgruppe einzusetzen, klang auch eher danach, als wolle man den Sumpf unter Anleitung der Frösche trocken legen. Zu hoffen ist vielmehr auf

eine ausführliche Debatte und die Entwicklung einer Position innerhalb der beiden progressiven Parteien SPÖ und Grüne. Im Zentrum sollten dabei mehrere naheliegende Punkte stehen:

- Notwendig ist zu allererst eine realistische Gefahrenabschätzung in Verbindung mit einem außenpolitischen Konzept, auf die aufzubauen wäre. Dabei müssen im Gegensatz zum Entwurf der Sicherheitsstrategie des Ministerrates aus dem Jahr 2011 sicherheitspolizeiliche und militärische Agenden sorgfältig auseinander gehalten und dem Umstand Rechnung getragen werden, dass es mehrere Dimensionen von Sicherheit gibt, die neben der militärischen auch die soziale Sicherheit umfasst. Dem wäre auch in der Gefahrenabwehr endlich Rechnung zu tragen.
- Die zentrale Aufgabe des österreichischen Bundesheeres als Militär eines neutralen Staates ist der Schutz des eigenen Territoriums gegen militärische Bedrohungen. Eine solche Bedrohung ist auf Sicht nicht gegeben. Wenn diese Einsicht nun schon nicht zum Schluss führt, dass das Militär als solches obsolet ist, dann muss die Armee zumindest wirklich an den verfassungsrechtlichen Erfordernissen orientiert und gleichzeitig so kostengünstig wie möglich organisiert werden.
- Eine Reform des Bundesheeres müsste dem verfassungsmäßig verankerten Milizsystem auch in der Praxis endlich Rechnung tragen und das Heer auf seine Funktion als Ausbildungsarmee konzentrieren. Das umfasst eine Verkleinerung des Kaderpersonals bei stärkerer Durchlässigkeit des Offizierskorps und eine Öffnung aller Ränge für die Milizlaufbahn ebenso wie einen grundlegenden Umbau des Wehrdienstes in Richtung Verkürzung der Grundwehrzeit zugunsten von Milizzeiten bei gleichzeitiger voller sozial- und arbeitsrechtlicher Absicherung. Hinzu käme eine sinnvollere, an den hiesigen Erfordernissen orientierte Ausbildungsgestaltung (so muss etwa Schluss sein mit den Aufstandsbekämpfungstrainings, die einer republikanischen Armee schlicht unwürdig sind) und die Entwicklung wirksamer Kontrollinstrumente gegen Machtmissbrauch und Schikanen im Heer. Letzteres umfasst auch die Stär-

kung der Soldatenrechte. Nicht zuletzt bedürfte es auch einer Abrüstung des Heeres, speziell des schweren Gerätes und der Investition der freiwerdenden Summen in Unterkünfte und bessere Ausrüstung der Kasernen. Während der Kampagne zur Volksabstimmung wurde ein Problem klein geredet, das tatsächlich maßgeblich zur verbreiteten Skepsis gegenüber dem Heer beitragen dürfte, und das ist eine starke Rechtslastigkeit von Teilen des Kaderpersonals. Wenngleich Norbert Darabos zugute zu halten ist, dass er einige symbolisch wichtige Fragen aufgegriffen hat (Ende der Unterstützung des Ulrichsbergtreffens etc.), fehlen doch bis heute ernstzunehmende Vorkehrungen gegen das Einsickern rechtsradikaler Elemente in das Heer und damit einhergehend eine stärkere politische Bildung im Rahmen der Ausbildung – auf allen Ebenen der Diensthierarchie. Dazu würde auch der Ersatz des monarchienostalgischen Miefs im Militär durch eine fortschrittliche, demokratische Traditionspflege gehören. 

BARBARA BLAHA

ist Germanistin und war 2005 bis 2007 Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft. Sie war Mitbetreiberin des berufsheerkritischen Blogs diefakten.at.



SALZFASS (SALIERA)

Benvenuto Cellini
1540–1543, Paris

Gold, Email, Ebenholz, Elfenbein
H. 26,3 cm , L. 28,5 cm, B. 21,5 cm
© Wien, Kunsthistorisches Museum

Kunstkammer Wien

KUNSTHISTORISCHES MUSEUM WIEN

Die Kunstkammer Wien ist weltweit die bedeutendste ihrer Art und ab 1. März 2013 in neuer Pracht wieder für alle zugänglich. Erleben Sie ein »Museum im Museum«: In 20 nach Themenschwerpunkten neu gestalteten Räumen eröffnet sich eine Welt des Schönen und Geistvollen, Kuriosen und Wunderbaren.

Die Kunst- und Wunderkammern der Renaissance und des Barock waren enzyklopädische Universalsammlungen, die das gesamte Wissen ihrer Zeit zu erfassen versuchten. Vor allem das Seltene, Kuriose und Außergewöhnliche galt als erstrebenswert.

Vom späten Mittelalter bis zur Barockzeit sammelten die Habsburger Kaiser und Fürsten hier exotische und rare Materialien, denen man oft auch magische Wirkungen zuschrieb – wie edle Steine, Straußeneier, Korallen, oder Haifischzähne, die man für Drachenzungen hielt. Die Künstler schufen aus diesen Naturprodukten virtuose Kunstkammerstücke.

Insgesamt können Sie in der Kunstkammer Wien rund 2.200 faszinierende Objekte bestaunen. Zu den Höhepunkten der Kunstkammer Wien zählen herausragende Goldschmiedearbeiten wie die berühmte Saliera von Benvenuto Cellini, Spitzenleistungen der Skulptur wie die Krumauer Madonna, meisterhafte Bronzestatuetten, filigrane und bizarre Elfenbeinarbeiten, virtuose Steingefäße, aber auch wertvolle Uhren, komplizierte Automaten, merkwürdige wissenschaftliche Instrumente, kostbare Spiele und vieles mehr.

KUNSTKAMMER WIEN
KUNSTHISTORISCHES MUSEUM WIEN
HOCHPARTERRE
MARIA-THERESIEN-PLATZ, 1010 WIEN

Während des Wendens ist die Partei verletzlich

Caspar Einem argumentiert, warum eine Mehrheit pro Berufsheer zeitgerechte und ehrliche Überzeugungsarbeit im demokratischen Meinungsbildungsprozess der SPÖ erfordert hätte.

2013 ist ein Wahljahr. Und die erste Entscheidung ist bereits am 20. Jänner gefallen, bei der etwa 60% der teilnehmenden Wählerinnen und Wähler für die Beibehaltung der Wehrpflicht gestimmt und bloß etwa 40% dem Vorschlag der SPÖ gefolgt sind. Im Anschluss an diese Entscheidung wurde vielfach, teil hämisch, teils sachlich darüber berichtet, dass die SPÖ ihre Wählerinnen und Wähler nicht habe mobilisieren können. Das ist wohl wahr.

Was war passiert? Es mag zwar sein, dass Michael Häupl's Vorstoß für eine Freiwilligenarmee statt der derzeitigen Wehrpflichtkonzeption zumindest mit den Spitzen der Partei abgesprochen war. Aber war die Sache selbst von der Partei diskutiert und entschieden worden? Offensichtlich nicht. Denn eines ist die SPÖ auch heute noch: eine außergewöhnlich disziplinierte Partei. Wenn nach entsprechender Diskussion und letztendlich auch innerparteilicher Abstimmung im Parteivorstand entschieden worden wäre, den Kurs in der Wehrpflichtfrage zu ändern, dann wäre wohl auch die Mobilisierungskraft der SPÖ eine andere gewesen. Vermutlich war für so eine breite Diskussion und Überzeugungsarbeit zu wenig Zeit.

EINE ILLUSION

Man hat also den kürzeren Weg gewählt. Die Frage ist bloß, mit welcher Legitimation. Und mit welchen Erfolgsaussichten. Überdies aber wurden die einzig wirklich tragfähigen Argumente für eine Umstellung des Wehrsystems nie wirklich genutzt und unters Volk gebracht: Denn das österreichische Bundesheer ist in erster Linie eine Armee mit der Aufgabe der Verteidigung der territorialen Integrität Österreichs. Deswegen werden dort Wehrpflichtige militärisch ausgebildet. Katastrophenschutz braucht diese Ausbildung nicht. Das Problem ist allerdings, dass das österreichische Bundesheer die Aufgabe

der wirkungsvollen Landesverteidigung im Lichte der Veränderungen in den militärischen Fähigkeiten potentieller Feinde nicht mehr erfüllen kann. Die Verteidigung auf Basis einer nationalen Armee ist nicht nur in Österreich zu einer lieb gewonnenen und gehegten Illusion verkommen. Verteidigung im Sinne des ursprünglichen Konzepts ist nur noch in Gemeinschaft mit anderen – mit der EU und/oder mit der NATO möglich und auch das nur, wenn sich die europäischen Staaten entschlössen, gemeinsam zu marschieren, gemeinsam die Budgets zu gestalten – ja, auch in abgestimmter Form zu sparen –, gemeinsam in die Rüstung zu investieren, die Kräfte zu organisieren und vermutlich auch einen Teil jener Lasten zu übernehmen, die heute noch von den USA auch für Europas Sicherheit getragen werden.


ÜBERZEUGUNGSARBEIT

Geht es aber um gemeinsame Verteidigung in Europa oder Europas, dann muss klar sein, dass die nicht an der Außengrenze Österreichs stattfinden kann und dass es dafür Freiwillige braucht, weil nach allem Verständnis keine Wehrpflichtigen zur Verteidigung anderer Grenzen eingesetzt werden können als der österreichischen. Dasselbe Argument gilt übrigens auch für Einsätze militärischer Kräfte im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik der EU oder für UN-mandatierte Militäreinsätze unter Beteiligung Österreichs. Kurz: Es hätte Argumente gegeben, die mit der Kernaufgabe eines Heeres zu tun haben und die nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind.

Aber die Diskussion ist schon innerhalb der Spitzengremien der Partei nicht bis zu dem Punkt geführt worden, zu dem eine gemeinsame Entscheidung möglich gewesen wäre. Das wäre allerdings in einer Frage, in der die Sozialdemokratie seit Wiedereinführung des Bundesheeres – nicht zuletzt mit dem

Argument, dass 1934 der Einsatz des Bundesheeres gegen die SDAP und den Schutzbund nur möglich gewesen sei, weil es sich um eine Berufsarmee gehandelt habe – für eine Wehrpflichtarmee eingetreten ist, unverzichtbar nötig gewesen. Fragen, bei denen die eigene Programmatik seit Jahrzehnten eindeutig und allen – Anhängern und Gegnern – bekannt ist, sind nicht kurzfristig anders entscheidbar. Das braucht Vorbereitungs- und Überzeugungszeit. Und wahrhaftige Argumente. Auf beides wurde verzichtet. So lässt sich aber nur in einem Unternehmen oder an der Spitze der Verwaltung entscheiden. Und selbst dort wären unter diesen Bedingungen Schwächen in der Umsetzung zu gewärtigen gewesen.

NICHT VERWIRREN

2013 ist ein Wahljahr und es ist ein entscheidendes Jahr weil die beiden früheren Großparteien, die heute die Regierung bilden, noch nie so bedroht davon waren, dass sie allenfalls nach den Wahlen gemeinsam keine Mehrheit haben könnten – ganz abgesehen davon, dass aus heutiger Sicht dann auch keine andere Zweierkoalition möglich wäre. Es ist daher eine zentrale Herausforderung, insbesondere der SPÖ, ihre AnhängerInnen und potentiellen WählerInnen nicht noch einmal zu verwirren, wie dies bei der Wehrpflichtfrage geschehen ist. Positionen, bei denen die SPÖ eine große Tradition hat und die weithin bekannt sind, sollten jedenfalls vor der Wahl nicht mehr infrage gestellt werden. 

p. s.: Ja, die SPÖ-AnhängerInnen und –WählerInnen haben in grundlegenden programmatischen Fragen bei Änderungen eine gewisse Trägheit. Man könnte auch sagen, die SPÖ sei insoweit eine wertkonservative Partei. Man kann es aber auch anders nennen: Es gibt eine Reihe gemeinsamer Überzeugungen und Werte. Die sind ein Kapital der Partei. Und Aufgabe der Parteiführung ist es, dann, wenn sich die Verhältnisse in der Wirklichkeit geändert haben, sodass allenfalls bisher gültige Grundsätze nicht mehr sinnvoll Geltung beanspruchen können, die Partei mit Argumenten zu neuen Grundsätzen zu führen, die den neuen Realität gerecht werden.

p. p. s.: Es ist schade, dass die Wehrpflicht nun auf Jahre zementiert erscheint. Es ist schade, dass das freiwillige Sozialjahr mit einer halbwegs anständigen Entlohnung solchen Fehlern zum Opfer gefallen ist. Und es ist geradezu ein Jammer, dass die politischen Wettbewerber jetzt durchs Land ziehen und Wehrdienst und Zivildienst als freiwillige Leistungen der sozialen Verantwortung darstellen können, ohne dass irgendjemand widerspricht. Freiwilliges Engagement für das gemeinsame Ganze wäre tatsächlich eine gesellschaftlich wertvolle Alternative gewesen.

CASPAR EINEM

ist Chefredakteur der ZUKUNFT.



GROSSER TAFELAUFSATZ IN GESTALT EINES REIHERS (RAIGER)

Saracchi-Werkstatt, um 1590, Mailand
Bergkristall; Fassung: Gold, teilweise Email,
Smaragde, Hyazinth, Rubine, Perlen, Glasstein
H. 39,4 cm, L. ca. 50 cm, B. 23,3 cm
© Wien, Kunsthistorisches Museum



VENUS FELIX

Pier Jacopo Alari-Bonacolsi, gen. Antico, um 1500, Mantua
Bronze, teilweise feuervergoldet;
Basis: Lindenholz mit eingelegten römischen Münzen
H. 29,8 cm (ohne Basis); Sockel: Dm. 12,5 cm
© Wien, Kunsthistorisches Museum

Aus Fehlern lernen

Die verunglückte Volksbefragung zum Thema Wehrpflicht wird die Nationalratswahlen wahrscheinlich nicht entscheiden. Wenn aber 60% der SPÖ-WählerInnen der eigenen Parteispitze die Gefolgschaft versagen, dann sollte man die Signale erkennen, bevor es zu spät ist, argumentiert Ludwig Dvořák. Das Votum unterstreiche die Notwendigkeit der Korrektur eines falschen Politikansatzes, eine »Publikumsbeschimpfung« helfe ebenso wenig weiter wie die Benennung falscher Sündenböcke.

In der Debatte um das Berufsheer fehlten der Partei laut KURIER die »stichhaltigen Argumente«, um zu überzeugen. Es sei auch kaum möglich gewesen, den »Sinneswandel zu erklären«, den die Parteiführung innerhalb weniger Tage vollzogen habe. Solcherart sei es schwer, aus dem »Verlierer-Eck« herauszukommen, in das sich die Partei-Strategen selbst hineinmanövriert hätten. Die harsche Kritik der KURIER-Journalistin Karin Leitner richtete sich nicht etwa an Werner Faymann oder Norbert Darabos. Sie war auf Josef Pröll und die ÖVP gemünzt, damals im Jänner 2011, als zuerst SPÖ-Kanzler Faymann seinen Schwenk pro Berufsheer und daraufhin ÖVP-Vizekanzler Pröll seine Kursänderung pro Wehrpflicht verkündeten. »Die Wehrpflicht ist unpopulär. Laut Umfragen will die Mehrheit der Bevölkerung von ihr lassen. Setzt die SPÖ ihre Werbemaschinerie in Gang, stehen die Chancen gut, dass sie bei einer Volksbefragung eine Art Wahlsieg feiert«, beschied Karin Leitner der ÖVP-Spitze damals in dem zum Raiffeisen-Konzern gehörenden Blatt.¹

Zwei Jahre später ist alles ganz anders gekommen: Trotz der bestenfalls als medioker zu bezeichnenden Performance von Michael Spindelegger bei seinen medialen Auftritten in Sachen Wehrpflicht, trotz der durchaus fantasievoll berechneten und bejubelten »Profiheer«- und Sozialjahrm Modelle der SPÖ, trotz der unfassbaren Parteinahme sämtlicher Boulevardblätter, aber auch von »Qualitätsmedien« wie »Standard«, »Presse«, »Falter« und »Profil«, sagten 60% der Abstimmenden »Nein« zum Berufsheer. Schlimmer noch: Auch von den 1,42 Millionen SPÖ-WählerInnen des Jahres 2008 folgten laut SORA-Analyse fast 60% dem Aufruf der Parteispitze nicht, blieben daheim oder stimmten pro Wehrpflicht.

PLAY IT AGAIN, SAM: SIND DIE WÄHLERINNEN SCHULD?

Der erste Reflex in der Ursachenforschung galt, wie in den letzten Jahren leider üblich geworden, der Publikumsbeschimpfung. Schuld am Ergebnis sei die angebliche »Reformunwilligkeit« der ÖsterreicherInnen, wahlweise auch deren angeblich unanständige Bereitschaft, sich einreden zu lassen, die Entscheidung über das Wehrsystem sei vom Zivildienst abhängig zu machen. Medial entbrannte eine Debatte über die »unsolidarischen Alten«, die überproportional pro Wehrpflicht gestimmt hatten und aufgrund der Altersstruktur Wahlen dominieren würden.

All diese »Argumente« gehen recht bequem über das Faktum hinweg, dass die Altersstruktur im Jänner 2011 fast identisch war; dass die grundrechtliche Verknüpfung von Wehr- und Zivildienst schon vor zwei Jahren bekannt gewesen ist; und die angebliche Reformwilligkeit oder -unwilligkeit des Landes in den letzten 730 Tagen auch keine fundamentale Änderung erfahren hat. Unabhängig von der demokratiepolitischen Unstatthaftigkeit, dem Wahlvolk als Souverän der Republik seine Entscheidung zum Vorwurf zu machen, waren also alle Faktoren, die zur Erklärung der Niederlage bemüht worden sind, lange bekannt und wären in eine politische Strategie miteinzubeziehen gewesen. Unverständlich bleibt auch, warum die fragwürdige ÖVP-Argumentation vom Rettungswagen, der ohne Zivildienner nur noch als Leichenwagen fungieren könne, moralisch mieser sein sollte, als die völlig substanzlose Behauptung, »die EU« würde uns nicht nur die Gleichberechtigung (offenbar schlimm genug), sondern darum auch die Wehrpflicht für Frauen aufzwingen. Oder anders

1. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110117_OTSo192/kurier-kommentar-von-karin-leitner-im-verlierer-eck, abgerufen am 01.02.2013.
2. <http://derstandard.at/1358304096831/Das-Eigentor-der-SPOe>, abgerufen am 02.02.2013
3. <http://www.profil.at/articles/1303/570/350697/herbert-lackner-wie-spoe-jahrhundertprojekt>, abgerufen am 01.02.2013

gesagt: Es ist nicht besonders stringent, in Abrede zu stellen, dass der Zivildienst ein legitimes Argument pro Wehrpflicht sein könne, gleichzeitig aber das bezahlte Sozialjahr als zentrales Argument pro Berufsheer in die Arena zu schicken.

OHNE PARTEI GEHT ES NICHT

Völlig ausgeklammert blieb v.a. bei der SPÖ-internen Ursachenforschung jedoch der eigentlich wesentlichste Grund für die erfolglose Mobilisierung: Die völlig überraschende, ohne Debatte und demokratische Entscheidung erfolgte Positionsumkehr, die ein geschlossenes Auftreten der Partei von vornherein ausschloss. Alexandra Förderl-Schmidt tadelte am Tag nach der Volksbefragung im »Standard«, dass es nicht gelungen sei, ein »Aus-der-Reihe-Tanzen« der Landeshauptleute Voves und Burgstaller zu verhindern.² Tatsächlich spiegelt deren Verhalten – passive Zustimmung zum inhaltlichen Kurswechsel, passive Resistenz kurz vor der Volksbefragung – aber nur die innere Zerrissenheit der SPÖ wider, die die Parteiorganisation in nahezu jeder Landesorganisation bei der Mobilisierung lähmte. Dass die Partei in den Entscheidungsprozess nicht einbezogen wurde, hat sich als nicht wiedergutzumachende Hypothek erwiesen. Wer auf die eigenen Mitglieder und FunktionärInnen dermaßen erkennbar pfeift, braucht nicht damit zu rechnen, außerhalb der Partei eine Welle der Euphorie auszulösen.

MEDIEN SIND KEIN ERSATZ

Auch wenn dieser Beitrag natürlich vor allem die aus SPÖ-Sicht zu ziehenden Konsequenzen näher beleuchtet, ist das in den Tagen nach der Abstimmung in den Medien gezeichnete Bild eines »Versagens der SPÖ«³ natürlich nur die halbe Wahrheit und blendete zumeist vornehm aus, wie parteiisch und unsachlich der überwiegende Teil der printmedialen Berichterstattung erfolgte. Wenn von den Mobilisierungsschwächen die Rede ist, bleibt zudem meist unerwähnt, dass auch die Grün-WählerInnen von 2008 den Kurs ihrer Parteiführung zu 55 % nicht teilten. Bemerkenswert bleibt jedenfalls: Auch die wohlwollendste Medienkampagne und die eindeutigste Par-

teinahme der sogenannten »opinion leader« kann die Mobilisierung vor Ort nicht ersetzen.

Das Ergebnis der Volksbefragung bestätigt im Grunde den vom Sozialforscher Harald Katzmaier in der ZUKUNFT 10/2012 vertretenen Rückgriff auf die Überlegungen von Paul Lazarsfeld, »dass die Kleingruppe ›die Küche der öffentlichen Meinung‹ sei. Denn das, was wir in den Massenmedien oder heute auch in den Social-Media-Kanälen lesen, sehen und hören, bestimmt, über welche Themen wir sprechen. Wie wir das bewerten, diese Entscheidung fällt dann aber in diesen ganz kleinen Gruppen. Die *small group* ist eine Art Relais, die Meinungen verstärkt, aber auch umpolen kann.« Diese Einsicht, die der SPÖ Wien als Grundlage ihres Projekts »Wir sind mehr« dient, verdient es gerade nach diesem Plebiszit in allen Bereichen der Partei Beachtung geschenkt zu bekommen.

Wer die Kleingruppe als Instrument politischer Veränderung nutzen will, kommt nicht umhin, sie auch in den politischen Willensbildungsprozess einzubeziehen. Demokratische Entscheidungen sind nicht nur eine Sache des politischen Prinzips, sie sind letztlich auch der stärkste Beitrag zu einem geschlossenen und effektiven Auftreten einer Partei und ihres sozialen Umfelds, das durch massenmediales Trommelfeuer offensichtlich nicht ersetzt werden kann.

WORUM GING ES BEI DER VOLKSBEFRAGUNG?

Nun ist neben der sachpolitischen Debatte immer auch der Kontext zu beachten, um eine Strategie richtig einzuordnen und zu beurteilen. Als Wiens Bürgermeister Michael Häupl wenige Tage vor der Wiener Landtagswahl 2010 über die heftig pro Berufsheer kampagnisierende »Kronen Zeitung« die Forderung nach einer Volksbefragung lancierte, brachten das damals nur die wenigsten mit seiner Begeisterung für sicherheitspolitische Fragestellungen in Zusammenhang. Medial stahl es Duell-Gegner Strache die Show, Häupls Interesse an der Frage ließ in den Wochen und Monaten nach der Wahl erkennbar nach.

Dafür schwenkte nun die Bundes-SPÖ um, Wehrpflicht-Befürworter Norbert Darabos hatte auf einer Dienstreise nach Schweden sein Damaskus-Erlebnis in Sachen Berufsheer, Bundeskanzler Werner Faymann forderte plötzlich vom Koalitionspartner eine Volksbefragung ein. Es kann dahingestellt bleiben, ob dieser Schwenk mit der medial konstatierten »Versöhnung« der »Kronen Zeitung« in Zusammenhang stand, die spätestens seit Sommer 2009 auf Distanz zum Bundeskanzler gegangen war.

Das zeitliche Zusammenfallen der plötzlichen koalitionsären Einigung auf eine Volksbefragung Ende August 2012 – nachdem das Thema fast zwei Jahre keine Rolle gespielt hatte – und des Finales des überraschend schnell zu Ende gebrachten U-Ausschusses sorgte jedenfalls für innerparteiliche Missstimmung am Bundesparteitag, der das Wehrpflicht-Thema offiziell aussparte, die Kontroversen im Wahlergebnis des Parteivorsitzenden aber dennoch sichtbar werden ließ.

Wenig verständlich ist daher auch der nach der Abstimmung erhobene Vorwurf an Michael Häupl, er sei der eigentliche Urheber der Volksbefragungs-Niederlage. Zweifellos, er hatte die Idee eines Plebiszits im Herbst 2010 ventiliert. Aber hätte die Bundes-SPÖ nicht jedes Recht gehabt, die Forderung nach einem Berufsheer im Allgemeinen und nach einer Volksbefragung im Besonderen, bewaffnet mit dem Häupl'schen Diktum des »Wahlkampfes als Zeit fokussierter Unintelligenz«, zurückzuweisen? Hätten die Mitglieder des Parteipräsidiums am 12. Jänner 2011 nicht den sich anbahnenden Kurswechsel in Frage stellen können, statt ihn widerspruchlos und ohne das Einfordern einer parteiinternen Debatte abzunicken?

Die Zerrissenheit der SPÖ bei der Volksbefragung 2013 auf einen, durchaus kritikwürdigen, Wahlkampfgag aus dem Jahr 2010 zurückzuführen, greift deutlich zu kurz und ist wenig hilfreich dabei, Fehlerquellen im Wahljahr 2013 auszuschließen. Das gilt, bei allen organisatorischen Schwächen, letztlich auch für Schuldzuweisungen an die Kampagnenverantwortli-

chen. Eine maßgebliche politische und strategische Fehlentscheidung ist auch durch professionellste Kommunikationsarbeit nur bedingt sanierbar.

ES IST NICHT ZU SPÄT

Dabei würde es sich in höchstem Maße lohnen, aus den Erfahrungen der Volksbefragung zu lernen.

- Die SPÖ kann erfolgreich sein, wenn sie glaubwürdig für etwas steht. Die eigene Position aus scheinbarer Opportunität und Medientaktik ins Gegenteil zu verkehren, schadet dieser Glaubwürdigkeit. Das gilt für die Sicherheitspolitik ebenso wie für Fragen der europäischen Krisenpolitik oder der Daseinsvorsorge: Umständliche Rechtfertigungsmuster, warum konservative Strategien eben doch auch für die Sozialdemokratie vertretbar sind, sind zumeist ein Hinweis, dass inhaltlich etwas schief läuft. Eine klare und einsichtige Positionierung ist hingegen auch erfolgreich kampagnisierbar.
- Die SPÖ kann erfolgreich sein, wenn sie ihre eigenen Mitglieder und FunktionärInnen mitnimmt. Bei aller Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit bestehenden Strukturen sollte man immer im Auge behalten: Wir haben keine anderen. Es ist sinnvoll an organisatorischen Defiziten zu arbeiten. Aber es ist unverzichtbar, die Strukturen bei Entscheidungen einzubinden. Das ist der Sinn demokratischer Entscheidungsfindung. Wer das parteiintern nicht berücksichtigt, wird nicht nur organisatorische Probleme haben, sondern auch in der Bevölkerung kein Feuerwerk der Partizipation zünden.
- Die SPÖ kann erfolgreich sein, wenn sie Themen setzt und kampagnisiert. Kampagnen von großen Medien zu übernehmen und dabei die eigene AnhängerInnenschaft zu ignorieren, führt offenkundig zum Scheitern.
- Die SPÖ kann erfolgreich sein, wenn sie aus Fehlschlägen lernt, statt ihre Energie auf das Erfinden von beleidigten Ausreden und das Finden von Sündenböcken zu verlagern. Wenn man das Votum der Volksbefragung als Votum pro Zivildienst versteht, bleibt es rätselhaft, warum sich die

4. <http://kurier.at/politik/inland/wehrpflicht-bis-cybercrime-so-will-spindellegger-offensiv-bleiben/2.932.798>, abgerufen am 12.02.2103

Zivildienst-Erfinderpartei SPÖ damit beschäftigt, diesen Umstand zu beklagen, statt sich die Verbesserung der Bedingungen (Stichwort: Dienstdauer) auf die Fahnen zu heften, um damit die Unehrlichkeit der ÖVP-Argumentation aufzuzeigen.

- Die SPÖ kann erfolgreich sein, weil sie keine übermächtigen politischen Kontrahenten hat. Die ÖVP hat zwar ihre eigene AnhängerInnenenschaft bei der Volksbefragung überraschend gut mobilisiert. Dass Michael Spindelegger es als genialen Geheimplan lanciert, das Thema »Sicherheit auf allen Ebenen« nun dauerhaft in den Mittelpunkt zu stellen und »Cybercrime«⁴, zeigt aber nur, dass der Erfolg nicht am Bundesparteiobmann gelegen hat. Bemerkenswert ist auch, dass es die FPÖ im Zuge der Volksbefragung vorgezogen hat, passiv zu bleiben. Bei allen Mobilisierungsschwächen der SPÖ – der FPÖ ist ein erfolgreicher Probegalopp beim ersten Wahljahr 2013 noch weniger gelungen. Sie brachte kaum 30% ihrer WählerInnen von 2008 zur Stimmabgabe laut Parteilinie. Die große Unbekannte bleibt, wie gut Frank Stronach abschneiden wird.

Die Stimmung der Bevölkerung spricht klar für eine konturierte sozialdemokratische Politik. Wenn die SPÖ ihre Energien auf den glaubwürdigen Einsatz für eine solche Politik, statt auf interne Beschwichtigungen für die Politik anderer, richtet, dann gibt es auch keinen Grund für die Bescheidenheit, jedes Ergebnis unter 30% als Wahlsieg zu sehen, solange es nur für den ersten Platz reicht.



LUDWIG DVOŘAK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



STRAUSSENEI-POKAL

Clement Kicklinger; um 1570/75, Augsburg
Straußenei, Koralle, Silber, vergoldet, teilweise bemalt
H. 56,8 cm

© Wien, Kunsthistorisches Museum



APOLLO UND DAPHNE

Jakob Auer
um 1688/90, Wien
Elfenbein
H. 43,9 cm

© Wien, Kunsthistorisches Museum

Wege aus der Eurokrise

Wolfgang Edel Müller stellt in seinem Beitrag die Optionen einer strikten Austeritätspolitik, einer wachstumsunabhängigen Verteilungspolitik und einer keynesianischen Beschäftigungspolitik und deren Perspektiven für einen Weg aus der Euro-Krise vergleichend nebeneinander.

Es gibt grundsätzlich drei Wege aus der Eurokrise, die unabhängig von ihren Durchführungschancen und Erfolgserwartungen als strategische Optionen mit deutlich unterscheidbaren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Präferenzen zur Verfügung stehen: Der neoliberale Weg einer strikten Austeritätspolitik, der wachstumsunabhängige Weg einer rigorosen Verteilungspolitik und der (post)keynesianische Weg einer wachstumsorientierten Beschäftigungspolitik.

Es wird der Einfachheit halber angenommen, dass alle drei Wege unbeschadet ihrer konträren Ausrichtung auf die nachhaltige Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise und die Wiedergewinnung stabiler Verhältnisse im EU-Finanzsektor als notwendige Voraussetzung für die Überwindung realwirtschaftlicher Stagnationstendenzen zielen. Diese übergeordneten, in allen relevanten EU-Dokumenten hervorgehobenen Ziele bilden daher die wesentliche Referenz für die nachfolgende Beurteilung der jeweiligen Umsetzungs- und Erfolgserwartungen.

(1) DER NEOLIBERALE WEG EINER STRIKTEN AUSTERITÄTSPOLITIK

Obzwar nach dem Ausgang der französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Teilbereichen abgeschwächt, stellt die von Deutschland dominierte Strategie einer konsequenten Austeritätspolitik den derzeit verbindlichen Weg aus der Eurokrise dar, der von den wichtigsten Organen und Institutionen der Europäischen Union auch mitgetragen wird. Hintergrund der erfolgreichen Durchsetzung dieser Krisenpolitik ist die Vorherrschaft konservativer Regierungen in

der EU, von denen die aktuelle politische Landschaft Europas unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands geprägt wird. Es ist bislang Frankreich vor dem Hintergrund der hauseigenen Finanz- und Wirtschaftsprobleme aus dem unbewältigten Sarkozy-Erbe trotz politischer Wende nicht gelungen, ein effektives und ausgleichendes Gegengewicht zur wirtschaftspolitischen Dominanz Deutschlands zu bilden. Die Affinität des europäischen Konservativismus zur ungebrochenen Tradition der »deutschen Stabilitätskultur« beruht auf identen wirtschaftspolitischen Überzeugungen, die im liberalen Mainstream der Ökonomie fest verankert sind.

Der »harte Kern« dieser theoretischen Strömung in der Volkswirtschaftslehre vertritt das verhaltenstheoretischen Konzept des »methodologischen Individualismus«, der den einzelnen Wirtschaftssubjekten vorteilsorientierte Verhaltenseigenschaften zuordnet, die bei ungestörter Entfaltung das koordinative Potenzial eines allgemeinen Marktgleichgewichts hervorbringen sollen, in dem individuelle und gesellschaftliche Wohlfahrt eine paretooptimale Einheit bilden (Markteffizienztheorem).

Der systemische Charakter dieses Paradigmas substituiert jegliche Unsicherheit jenseits stochastischer, zum Gleichgewicht gravitierender Zufallsprozesse, die als überschaubares Risiko kalkuliert werden können (Theorie der rationalen Erwartung). Gleichgewichtsstörende Krisen, die über kalkulierbare Risiken hinausweisen, können daher nur durch regulatorische Eingriffe des Staates und/oder der Verbände in das freie und effiziente Marktgeschehen verursacht werden, die das zum Gleichgewicht tendierende »natürliche« Vorteilsverhalten der MarktteilnehmerInnen vorübergehend unterbinden. Zu

diesen krisenverursachenden Störungen zählen typischerweise Rigiditäten auf den Arbeitsmärkten, die durch den Einfluss der gewerkschaftlichen Lohnpolitik und der staatlichen Sozialpolitik hervorgerufen werden, aber auch die wirtschaftspolitische Ausdehnung der Staatsquote, die den privatwirtschaftlichen Sektor tendenziell verdrängt (crowding-out). So denkt – wie gesagt – der harte akademische Kern, um den sich allerdings eine Vielzahl moderierter und modifizierter wirtschaftsliberaler Positionen gruppiert bis hin zu neo-keynesianischen Ansätzen (die vielfach als »neuer Konsens« der Makroökonomik wahrgenommen werden), bei denen die verhaltensabhängige Marktgläubigkeit deutlich weniger ausgeprägt ist, wodurch auch Spielräume für wirtschaftspolitischen Pragmatismus entstehen.

Die europäische Staatsschuldenkrise mit ihren Destabilisierungsfolgen für die Finanzindustrie ist im Wesentlichen aus dem vergleichsweise entschlossenen bail-out des systemisch bedrohten Bankensektors durch die internationale Staatengemeinschaft während der ersten Finanzmarktkrise 2007/08 entstanden. Dadurch konnte eine globale Depression zwar verhindert werden, die »automatischen Stabilisatoren« haben jedoch in der auch durch massive Gegensteuerungsmaßnahmen nicht abwendbaren Großen Rezession zusätzlich zu den gewaltigen Kosten der Bankenrettung die Staatshaushalte schwer belastet.

Die staatlichen Überschuldungsprobleme in der EU und die beeinträchtigte Risikotragfähigkeit der soeben mit öffentlichen Stützungsmitteln geretteten Kreditwirtschaft sind daher sehr rasch in den spekulativen Fokus der internationalen Finanzmärkte geraten. Beginnend mit Griechenland hat sich die Staatsschuldenkrise in kurzen Abständen über die gesamte südeuropäische Perimetrie der GIPS-Staaten (zuzüglich Irland) ausgebreitet. Die spekulativen Mechanismen der Finanzmarktsanktionen gegen die Überschuldung der betroffenen Souveräne haben sich durchgängig als stärker erwiesen als die halbherzigen Stabilisierungsaktionen der an Selbstbeschrän-

kungsgrenzen stoßenden EZB-Geldpolitik, die immerhin den drohenden Liquiditätskollaps der Gläubigerbanken (vor allem in Griechenland und Spanien) verhindern und temporäre Zinsstabilisierungserfolge auf den Bondmärkten verbuchen konnte.

Die institutionellen Rettungsstrategien, wie sie in der Folge von EFSF und ESM entwickelt wurden, sind von Anbeginn an die Konditionalität einer strikten Austeritätspolitik geknüpft worden, die ungeachtet der realwirtschaftlichen Auswirkungen primär auf einer Triade budgetpolitischer Eingriffe beruht: drastische Einsparung in allen relevanten Ausgabenbereichen, Erhöhung der verbrauchsbezogenen Massensteuern und staatlicher Vermögensabbau (Privatisierungen). Flankiert werden die unmittelbaren Austeritätsziele durch eine Reformagenda, die hauptsächlich auf eine Flexibilisierung der Arbeitsmarktstrukturen zielt, um Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Zur Kontrolle der budgetpolitischen Triade wurde eine Troika aus EK, EZB und IWF zum »watchdog« erkoren, der zur laufenden Überwachung der Zwischenziele aufgerufen ist und die Entscheidung über die stufenweise Zuzählung der vorgesehenen Refinanzierungsmittel vorbereitet. Auf diese Weise wurde das wirtschaftlich bereits schwer angeschlagene Griechenland in eine beispiellose Dauerkrise gestürzt, sodass am Ende nur mehr ein »freiwilliger«, aber vermutlich unzureichender Schuldenschnitt als vorletzter Ausweg (vor dem deklarierten Staatsbankrott) zur Verfügung blieb.

Die solcherart inszenierte neoliberale Versuchsanordnung mit Griechenland hat einmal mehr die von vielen ÖkonomenInnen begründete vertretene Auffassung bestätigt, dass die Austeritätspolitik keinen Ausweg aus der Staatsschuldenkrise weisen kann. Vielmehr wird im Sog der austeritätspolitisch beschleunigten Abwärtsspirale der Realwirtschaft das staatliche Verschuldungsdebakel schrittweise verschärft. Das konnte gleichwohl die maßgeblich Verantwortlichen der EU-Krisenpolitik nicht davon abhalten, die Anwendung dieser realwirtschaftlich schwer verkraftbaren Remedur auf Portugal, Spa-

nien und Italien auszudehnen. Die rezessiven Einbrüche in den austeritätspolitisch behandelten Volkswirtschaften sind erwartungsgemäß nicht ausgeblieben. Und inzwischen zeichnet sich als Folge der wegbrechenden Nachfrage auf den Binnenmärkten in der gesamten EU ein Stagnationsszenario ab. Der neoliberale Weg, die Krise der Staatsfinanzen (und des Finanzsektors) mit der durch austeritätspolitische Nachfrageschocks hervorgerufenen Krise der Realwirtschaft zu therapieren, hat sich abermals als Irrweg mit dramatischen sozialen Folgen erwiesen.

Der Irrtum hat allerdings Methode und ist dem akademischen Konstrukt der liberalen Ökonomie inhärent, dessen theoretischer Reduktionismus die wirtschaftliche Realität an entscheidender Stelle ausblendet und durch voluntaristische Hypothesen überbrückt. Rationale Erwartung, Markteffizienzannahmen, Realkasseneffekte und Crowding-in ersetzen nach dem Grundsatz, »dass nicht sein kann, was nicht sein darf« die inkompatible, aber evidente Wirklichkeit aus Unsicherheit, Erwartungsschwankungen, Vertrauensverlust, Marktversagen und wirtschaftlichen Herrschaftsinteressen.

Es ist daher auch kein Zufall, dass die neoliberale Krisenpolitik mit Rezession, Arbeitslosigkeit und Einkommensverlust das Arsenal der sozialen Disziplinierungsmacht gegen die arbeitende Bevölkerungsmehrheit mobilisiert, um die Verteilungsinteressen der vermögensbesitzenden Schichten langfristig zu bedienen. Der neoliberale Weg einer strikten Austeritätspolitik führt bestenfalls über den steinigigen Umweg einer lang anhaltenden Stagnationskrise (»verlorenes Jahrzehnt«), an der die europäische Gesellschaft, das staatliche Gemeinwesen und die politische Demokratie schweren Schaden nehmen werden, in eine höhere Stufe finanzkapitalistischer Dominanz mit den Folgen wachsender sozialer Ungleichheit und fortschreitender politischer Unregierbarkeit.

Aus der Staatsschuldenkrise heraus und in die Zukunft eines stärker integrierten Europas mit wirtschaftlicher und sozi-

aler Stabilität auf einem hohen allgemeinen Wohlstandsniveau führt dieser Weg ganz gewiss nicht.

(2) DER WACHSTUMSUNABHÄNGIGE WEG EINER RIGOROSEN VERTEILUNGSPOLITIK

Griechenland ist auf dem besten Weg, zum Menetekel des konservativen Austeritätsregimes in Europa zu werden. Das Land hat unter dem unerbittlichen Druck seiner EU-Partner die europaweit höchste Budgeteinsparungsquote erzielt und dafür mit einer für die jüngere Geschichte Europas beispiellosen Dauerrezession bezahlt, in der bis dato knapp ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts verloren ging, die Erwerbsbevölkerung zu einem Viertel von Arbeitslosigkeit betroffen ist und die Hälfte der arbeitsfähigen Jugend auf der Straße steht.

Und es ist dennoch kein Ausweg absehbar, die Rezession wird sich mit anhaltend hohen Kontraktionsraten fortsetzen, die kontinuierlich revidierten Zwischenziele der sogenannten »Konsolidierung« werden konstant verfehlt werden und die zerrütteten Staatsfinanzen werden am Dauertropf der Rettungsschirme bleiben, bis ein neuerlicher Schuldenschnitt oder ein deklariertes Staatsbankrott die wirtschaftliche Katastrophe vollenden. Für den planmäßig herbeigeführten und von der Troika beaufsichtigten Ruin seiner Volkswirtschaft erntet das geplagte Land aus den Hochburgen des deutschen Konservatismus, wo die Neurose der sogenannten »deutschen Stabilitätskultur« am schlimmsten grassiert, offene Verachtung und den hysterischen Verweis aus der Währungsunion.

Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis sich die anhaltende Zerstörung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage der griechischen Bevölkerung in eine soziale Eruption und in politische Unregierbarkeit entlädt. Bis dahin werden die vermögenden Schichten Griechenlands ihre mobilen Reichtümer in Sicherheit gebracht und in den Metropolen der internationalen Finanzmärkte neu und lukrativ veranlagt haben. Die hochgradig erwerbseinkommenslose Bevölkerung Griechenlands hingegen wird ihrem bitteren Verarmungsschicksal kaum entkom-

men können und noch geraume Zeit darauf warten müssen, bis sie als billige Ressource von der Vagabundage des internationalen Finanzkapitals endlich entdeckt und genutzt wird. Die griechische Welt ist dann im neoliberalen Sinn endlich in Ordnung gebracht.

Aber die Tragödie des verantwortungslos betriebenen Niedergangs der griechischen Volkswirtschaft ist nicht nur austeritätspolitisch determiniert, sondern auch von einem staatlichen Gemeinwesen mitverursacht, das diesen Namen kaum verdient, weil es durch Klientelismus und Nepotismus systematisch dysfunktionalisiert wurde. Ein bezeichnendes Beispiel unter vielen ist die Insuffizienz der Finanzverwaltung, die nicht in der Lage und wohl auch nicht willens ist, die gesetzlichen Steuerpflichten wirksam durchzusetzen.

Dem Budget werden dadurch unermessliche Summen an einkommens- und vermögensbezogenen Steuereinnahmen gesetzwidrig entzogen, mit denen ein substanzieller Konsolidierungsbeitrag geleistet werden könnte. In Griechenland hat sich durch gewohnheitsmäßige Komplizenschaft der Steuerpflichtigen mit unfähigen und korrupten Steuerbehörden eine kriminelle Praxis etabliert, die zur Aushöhlung der finanziellen Grundlage des Staates beiträgt. Im übrigen Europa hingegen hat die neoliberale Fiskalpolitik auf ganz legalem Weg dafür gesorgt, dass durch gesetzliche Steuerprivilegien für höhere Einkommen und Vermögen die relativen Steuerleistungen der wohlhabenden Schichten bei wachsendem Reichtum stetig gesunken sind. Die krisenbedingte Verwundbarkeit der öffentlichen Haushalte ist daher quer durch Europa trotz oder wegen der fiskalischen Lastenverschiebung zu den verbrauchsbezogenen Massensteuern deutlich gewachsen, die Anfälligkeit für Defizit- und Verschuldungsanstieg hat signifikant zugenommen. Auch diese gezielt herbeigeführten Verzerrungen im Steueraufkommensgefüge sind Teil der europäischen Staatsschuldenkrise. Es ist daher gar nicht verwunderlich, dass immer mehr Stimmen laut werden, die eine Beseitigung dieser unsozialen Steuerasymmetrien fordern und zur Verringe-

rung der staatlichen Verschuldungsüberhänge für eine rigorose fiskalische Verteilungspolitik (sekundäre Verteilung) plädieren. Es gibt dazu verschiedene Ansätze und Modelle, von denen unbeschadet ihrer Durchsetzungschancen die Kombination zweier Korrekturen in den primären und sekundären Verteilungsstrukturen angedeutet werden soll:

(a) Eine befristete Vermögensabgabe, die unter Anwendung einer sozial treffsicheren Vermögensfreigrenze primär solche Vermögenskategorien erfassen soll, die nicht unmittelbar dem Produktivvermögen (Betriebsvermögen) zuzurechnen sind. Nach Ablauf der Abgabefrist, die eine marktkonforme Verwertung der für die Abgabefinanzierung bestimmten Vermögenskomponenten ermöglichen soll (Liquidationswert-sicherung), wird die Vermögensabgabe in eine progressive Vermögensertragsbesteuerung übergeleitet, wie sie aus dem Blickwinkel eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen steuerlicher Arbeitsertrags- und Vermögensertragsbelastung angemessen erscheint.

Die Vermögensabgabe sollte ausschließlich dem Zweck der Tilgung des staatlichen Verschuldungsüberhangs gewidmet sein und daher in einen Tilgungsfonds fließen, aus dem je nach Schuldenregulierung die Rückführung der Überschuldung erfolgen kann. Das hätte auch den Vorteil, dass die ZeichnerInnen der Refinanzierungsemissionen für den Schuldenüberhang eine hohe Tilgungssicherheit aus einem gewidmeten Vermögenssteueraufkommen haben (eine Art »property tax covered bond«), wodurch eine Niedrigzinsgestaltung möglich wird. Der Tilgungsfonds wäre durch ein professionelles Veranlagungsmanagement ertragsmäßig zu optimieren, um aus der zeitbeschränkt fließenden Vermögensabgabe langfristig den höchsten Entschuldungseffekt zu erzielen.

Im Verteilungsergebnis und in »konsolidierter Betrachtung« würden sich die finanzvermögenden Schichten und ihre Institutionen aus der zu leistenden Vermögensabgabe die neu erworbenen Refinanzierungsanleihen, die zwecks Regu-

lierung des staatlichen Schuldenüberhangs begeben wurden, unter Nutzung aller Kapitalmarktvorteile (niedriger Anleihezinssatz, höhere Rendite aus dem Veranlagungsmanagement des Tilgungsfonds) selbst zurückzahlen. Das kommt einer Rückverteilung in Form einer nachgezahlten einmaligen Vermögensversicherungsprämie an den Staat sehr nahe, der durch seine verschuldungswirksamen Stabilisierungsaktivitäten entscheidend zur Rettung und Sicherung von privatem (Finanz) Vermögen beigetragen hat.

Der negative Nachfrageeffekt aus der Vermögensabgabe kann bei sozial ausgewogener Wahl der Freigrenze minimiert werden und die Verwerfungen auf den Vermögensmärkten können bei angepassten Abgabefristen, die das Absorptionsvermögen der Märkte für den abgabekonformen Vermögensabbau berücksichtigen, unter Kontrolle gehalten werden. Es kann sogar infolge der abgabebedingten Verringerung liquider Vermögensbestände von einer gewissen Dämpfung der Spekulationsdynamik auf den Finanzmärkten ausgegangen werden.

(b) Der beträchtlichen Schiefelage in der primären Einkommensverteilung, die von hoher und weiter ansteigender Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden fortwährenden Erosion der realen Arbeitseinkommen verursacht wurde, kann durch einen massiven Schritt in Richtung Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und einer gesetzlichen oder tarifpartnerschaftlichen Mindestlohnpolitik begegnet werden. Mit der Arbeitszeitverkürzung müsste die Arbeitslosigkeit deutlich sinken, der Lohnausgleich sollte zusammen mit dem aggregierten Zusatzeinkommen aus der Neubeschäftigung eine Stabilisierung der Güter- und Dienstleistungsnachfrage auf den Binnenmärkten bewirken. Die damit ausgelösten Verschiebungen in der volkswirtschaftlichen Produktionsfunktion werden kurzfristig den betrieblichen Kostendruck erhöhen, weil durch den Lohnausgleich und die Zusatzbeschäftigung der durchschnittliche Lohnkostensatz ansteigen wird, der zwecks Verteidigung der Gewinnziele auf die Preise

weiterverrechnet wird, sodass je nach wettbewerbsbedingter Preisdurchsetzungsfähigkeit auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten zunächst eine Primärkosteninflation entsteht. Diese primärkosteninduzierten Preisimpulse bergen immer die Gefahr, dass durch gesteigerte Inflationserwartungen eine Kosten-Preis-Spirale in Gang gesetzt wird, zumal dann, wenn die Gewerkschaften stark genug sind, um die Reallöhne wirkungsvoll zu verteidigen. Mit den durch sinkende Arbeitslosigkeit erstarkenden Gewerkschaften müsste daher ein einkommenspolitischer Koordinationsmechanismus vereinbart werden, der die inflationären Zweitrundeneffekte einer auf Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich gerichteten Arbeitszeitpolitik dämpft.

Das führt unter normalen Umständen in die Richtung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik der Gewerkschaften, wodurch ein kontinuierliches, aber angepasstes Realeinkommenswachstum für die arbeitende Bevölkerung ermöglicht und die effektive Nachfrage angeregt wird. Längerfristig werden aus dem Lohnkostendruck, den die Arbeitszeitverkürzung kurzfristig bewirkt, arbeitsproduktivitätssteigernde Investitionsanreize entstehen, die sowohl einer koordinierten gewerkschaftlichen Lohnpolitik entgegenkommen als auch zu einem stetigen Wachstum der Gesamtnachfrage beitragen.

Der Erfolg einer arbeitszeitverkürzenden Verteilungspolitik wird daher ganz entscheidend von der Beherrschung der kurzfristigen Inflationseffekte abhängen, die wesentlich von der Einbindung der Gewerkschaften in einen einkommenspolitischen Koordinationsmechanismus bestimmt wird. Sonst droht Inflation, die zwar auch die reale Schuldenlast des Staates verringern kann, aber früher oder später destabilisierende Gegenreaktionen der (finanz)vermögenden Schichten und ihrer Institutionen auslöst.

Die längst notwendige Korrektur der primären und sekundären Verteilungskreisläufe setzt ein hohes politisches

Durchsetzungs- und Koordinationsvermögen auf europäischer Ebene voraus, das infolge der anhaltenden Dominanz der dem Neoliberalismus ergebenden konservativen Kräfte bei weitem nicht ausreichend vorhanden ist.

Als Weg aus der Krise hat die skizzierte strategische Option, die eine höhere Steuerleistung aus »unproduktivem Finanzvermögen« mit einer stärkeren Beteiligung der Arbeit am Ergebnis der »produktiven Realvermögensverwertung« kombiniert, realistischerweise nur begrenzte Chancen, obwohl sie programmatisch durch die mögliche Verbindung von sozialer Ausgewogenheit mit ökologischer, wachstumsskeptischer Zukunftsorientierung für politische Bündnisse zwischen ArbeiterInnenbewegung und aufgeklärten liberalen Bildungsschichten gut geeignet wäre. Allein solche Allianzen wären imstande, die fatale Vorherrschaft des Konservatismus in Europa allmählich zu überwinden.

(3) DER (POST)KEYNESIANISCHE WEG EINER WACHSTUMSORIENTIERTEN BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK*

Der neoliberale Weg einer strikten Austeritätspolitik führt ganz offensichtlich nicht aus der Eurokrise, sondern direkt in die budgetäre Falle des »Sparparadoxons« mit der Gefahr einer lang dauernden wirtschaftlichen Stagnation. Er entspricht aber voll und ganz den Erwartungen der Finanzmärkte, die jede Abweichung vom (vergeblichen) Sparkurs mit spekulativen Attacken gegen den unbotmäßigen Souverän sanktionieren. Der wenig wachstumsfördernde Weg einer rigorosen Verteilungspolitik mobilisiert zwar ein hohes Potenzial zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise und zur Beseitigung sozialer Schieflagen, erfordert aber einen deutlichen Primat der Politik, um die unvermeidliche Gegenwehr der vermögenden Schichten und ihrer Institutionen durch neue und verbindliche Regeln zu überwinden. Dazu sind starke politische Bündnisse der europäischen demokratischen Linken notwendig, die sich nirgendwo in der konservativen Landschaft Europas abzeichnen.

Die wirtschaftspolitische Alternative muss daher so entwickelt werden, dass der Übermacht der Finanzmärkte die Stärke der institutionellen Strukturen der EU entgegengesetzt werden kann. Die Stärkung der europäischen Institutionen sollte vorzugsweise durch Weiterentwicklung der vorhandenen wirtschaftspolitischen Steuerungseinrichtungen erfolgen und könnte den nachstehenden Rahmen umfassen:

(a) Eine EZB, die aus der »splendid isolation« des geldpolitischen »inflation targetings« heraustritt und zumindest vorübergehend eine offensive »Feuerwehrfunktion« mit hoher Koordinationsbereitschaft übernimmt, um die »Zeit für Stabilität und Wachstum zu kaufen«.

(b) Ein ESM, der zu einem schlagkräftigen, aber parlamentarisch kontrollierten »Europäischen Währungsfonds« (EWF) ausgebaut wird, um auf demokratisch legitimer Basis einzelstaatliche Verschuldungsüberhänge zu regulieren und dabei die Konditionalität für Stabilität und Wachstum gegenüber den überschuldeten Einzelstaaten der EU wirkungsvoll durchzusetzen.

(c) Ein »Europäischer Investitionsfonds«- EIF (institutionelles Synonym für den mancherorts geforderten, aber deplatzierten »Marshall Plan« für Südeuropa), der alle bereits vorhandenen, aber unkoordinierten Investitionsförderungs- und -finanzierungsprogramme sinnvoll bündelt und durch europäische Steuerquellen (Finanztransaktionssteuer, Luxusmehrwertsteuer) neue Mittel erschließt, um die durch den EWF konditionierten Impulsprogramme für Stabilität und Wachstum ohne Neuverschuldung zu finanzieren.

Um diese institutionelle Rahmenstruktur zu verwirklichen, wäre ein dreiteiliger Stufenplan notwendig:

Stufe 1: Die EZB verlässt den gefährvollen und unglaubwürdigen Weg des geldpolitischen Attentismus (»muddling through«) und eröffnet die »zweite Option« der Geldpolitik,

in dem sie durch entschlossene Eingriffe für Stabilität auf den refinanzierungsrelevanten Bondmärkten sorgt. Das bedeutet, dass sie unbeschränkte Ankaufsprogramme auf den Sekundärmärkten für Staatsanleihen ankündigt und bei Bedarf auch konsequent durchführt. Sie nimmt dadurch spekulativen Angebotsdruck aus dem Markt und stabilisiert bzw. reduziert das langfristige Zinsniveau.

Und sie hat die Möglichkeit, mit den EZB-refinanzierten Banken Vereinbarungen zu treffen, wonach die aus den Ankaufsprogrammen in den Markt fließende Liquidität zum Kauf von Neuemissionen verwendet wird, um den wachsenden Solvenzdruck auf die betroffenen Staaten zu verringern. Sie kann schließlich ihren geldpolitischen Beistand davon abhängig machen, dass sich die auf den Bondmärkten unterstützten Staaten unmittelbar unter den Schirm des ESM begeben müssen. Mit der Erklärung der EZB aus dem Munde ihres Präsidenten Mario Draghi vom 07/09/2012 besteht eine gute Chance, dass sie die beschriebene Richtung einschlägt und den Finanzmärkten glaubwürdiger als zuletzt entgegentritt.

Stufe 2: Der ESM wird zum Zwecke der Inanspruchnahme von EZB-Refinanzierungsmitteln mit der bereits in die Diskussion gebrachten Banklizenz ausgestattet und zu einem unter der Gewährträgerhaftung aller EU-Mitgliedsländer agierenden EWF weiterentwickelt. Er sollte dadurch im Stande sein, die Verschuldungsüberhänge der von der EZB im Rahmen ihrer Bondankaufsprogramme bereits unter den Schutz des ESM gestellten Staaten sowie weiterer überschuldeter Staaten langfristig zu refinanzieren. Sobald der EWF als eine Art bankenkonzessioniertes Spezialinstitut der EU ausreichend handlungsfähig ist, übernimmt er den von der EZB angekauften Bondbestand gegen eine entsprechende EZB-Refinanzierung und transformiert diese Anleiheforderungen in langfristige EWF-Fazilitäten (»asset to asset swap«), deren Verzinsung durch Optimierung der Refinanzierung unter Beteiligung der EU-Mitgliedsländer, der EZB und der internationalen Kapitalmärkte begünstigt wird. Wichtig ist, dass sich ausnahmslos alle überschuldeten

Krisenstaaten unter den Schutz des EWF begeben, um ihren Verschuldungsüberhang langfristig und zinsgünstig zu regulieren. Und wichtig ist weiters, dass die EZB zumindest so lange als EWF-Refinanzierungspartnerin zur Verfügung steht, bis die Reprogrammierung der Schuldenüberhänge der Krisenstaaten abgeschlossen und somit die europäische Staatsschuldenkrise finanzierungstechnisch bewältigt ist. Erst dadurch werden die internationalen Kapitalmärkte Vertrauen in das neue institutionelle Arrangement der EU gewinnen, sodass eine EZB-unabhängige Refinanzierung des EWF erfolversprechend in Angriff genommen werden kann.

Als ultimative Bedingung für die Inanspruchnahme von EWF-Unterstützung wird verfügt, dass es eine zinsbegünstigte und langfristige Refinanzierung des Schuldenüberhangs durch EWF-Fazilitäten nur dann geben kann, wenn die unterstützten Staaten und ihre Parlamente eine strikt an den Kriterien für Stabilität und Wachstum orientierte Konditionalität akzeptieren.

Stufe 3: Um das Programm »Stabilität durch Wachstum und Beschäftigung« im Rahmen strikter EWF-Konditionalität zur Schuldenregulierung umzusetzen, sollte ein flankierender »Europäischer Investitionsfonds« (EIF) eingerichtet werden, der als »Transferstation« für die Anschubfinanzierung der Wachstumsprogramme in den EWF-gestützten Ländern fungiert. Auf Basis eines laufend gemonitornten Wachstums- und Beschäftigungskonzeptes, das in eine langfristige volkswirtschaftliche Rahmenplanung eingebettet ist, bietet der EIF den privaten Investoren und den öffentlichen Haushalten ein umfassendes Förderungs- und Finanzierungsinstrumentarium, das Beteiligungen, soft loans, Zuschüsse, Kofinanzierungsmodelle, Unterstützungsleistungen für Sozialprojekte, usw. beinhaltet.

Der EIF sollte eng mit dem EWF zusammenarbeiten und für eine verschuldungsneutrale Mittelbereitstellung in den reprogrammierten Ländern sorgen. Zu diesem Zweck ist es sinnvoll, dass die bereits existierenden EU-Förderungs- und Finan-

zierungsprogramme im EIF gebündelt und entbürokratisiert werden. Darüber hinaus muss sich der EIF eine schlagkräftige finanzielle Basis durch europäische Steuereinnahmen schaffen. Dafür bietet sich eine differenzierte Finanztransaktionssteuer und eine progressive Mehrwertsteuer in Form eines gestaffelten EU-Aufschlags für bestimmte luxuriöse Warenkategorien an.

Mit einer reinen Sparpolitik, die Griechenland unter beinhardter EU-Anleitung in den wirtschaftlichen Abgrund gezwungen und dadurch den europäischen Solidaritätsgedanken ad absurdum geführt hat, wird Europa auf absehbare Zeit nicht aus der Staatsschuldenkrise finden, sondern auf einen langen Weg der wirtschaftlichen Stagnation geschickt, der zu dramatischen sozialen Verwerfungen, einer Beschädigung der europäischen Einigungsidee und zur politischen Gefährdung der Demokratie führen wird.

Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen und auf hohem Niveau verharren, womit nicht nur weite Bevölkerungskreise sozial marginalisiert, sondern auch produktive Ressourcen in einem gigantischen Ausmaß verschwendet werden. Gesamtwirtschaftlich bedeutet jeder verlorene, d. h. unersetzte Arbeitsplatz vermeidbare Wertschöpfungsminderung und verhinderte Wohlstandssicherung. Dagegen bewirkt die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen Steigerung von Wertschöpfung und Wohlstand.

Die neoliberalen Krisenpolitiker streuen der Öffentlichkeit Sand in die Augen, wenn sie von den Krisenstaaten als Mittel der Beschäftigungsentwicklung eine wettbewerbskonforme Anpassung, d. h. Senkung des Lohnniveaus einfordern, weil dadurch die preisbestimmenden und daher konkurrenzentscheidenden Lohnstückkosten reduziert werden können. Es wird aus ideologisch bornierter Einseitigkeit aber geflüsterlich verschwiegen, dass die Lohnstückkosten aus den Variablen Arbeitsproduktivität und Geldlohnrate abgeleitet werden. Die Höhe der Lohnstückkosten ist daher keineswegs von den Nominallöhnen allein bestimmt, sondern gleichermaßen

von der physischen Ausbringungsmenge je Arbeitsstunde, deren Anstieg eine kalkulatorische Degressionswirkung auf die Lohnstückkosten hat. Höhere Löhne sind daher mit wachsender Arbeitsproduktivität kombinierbar, ohne die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu beeinträchtigen.

Die notwendige Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität sind aber Investitionen in innovative Produktionsprozesse, daher kommt den Bereichen Forschung und Entwicklung große Bedeutung zu, um Innovationsergebnisse für die kontinuierliche Erneuerung des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks zu nützen. Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft wird daher nicht durch Lohnkürzungen hergestellt, sondern durch eine produktivitätsaufholende Investitionsbereitschaft, welche die industrielle Basis und damit die Gesamtnachfrage stärkt, sofern die Reallöhne am Produktivitätsfortschritt ausreichend partizipieren.

Und das kann nur durch verhandlungsstarke, in einen einkommenspolitischen Koordinationsmechanismus eingebundene Gewerkschaften gesichert werden. Lohnkürzung führt weder kurz- noch langfristig zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Kurzfristig wird bloß die Nachfrage eingeschränkt und die wirtschaftliche Krise verschärft. Und langfristig wird ein außenwirtschaftlicher Wettbewerb um billige Löhne ausgetragen, der nachhaltig wohlstandsmindernde Effekte hervorbringt. Wäre Europa nach dem Zweiten Weltkrieg den Empfehlungen gefolgt, welche die Neoliberalen für die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise bereithalten, es hätte sich kaum aus dem wirtschaftlichen Nachkriegselend erheben können.

Eine wachstumsorientierte Beschäftigungspolitik ist daher das zielführende Gegenprogramm zum austeritätspolitischen Rezessions- und Stagnationskurs der Neoliberalen. Denn nur durch Wachstum in Kombination mit einer ausgewogenen Fiskalpolitik, die beschäftigungshemmendes Sparen vermeidet, aber öffentliche Kosteneffizienz und eine faire Verteilung


der Steuerlasten sicherstellt, können die »automatischen Stabilisatoren« so kalibriert werden, dass den überschuldeten Staaten genügend zusätzliches Steueraufkommen zufließt, um den Tilgungsfonds für den Schuldenüberhang auf längere Frist ausreichend zu alimentieren.

Oder anders gesagt: Jene Staaten, die »über ihren Verhältnissen« gelebt haben, indem sie durch gesamtwirtschaftlich sinnlose Steuerprivilegien, ineffiziente Finanzverwaltungen, unproduktive Konsumausgaben für einen überdimensionierten Verwaltungsapparat und teure Rettungsaktionen für eine durch Deregulierung außer Rand und Band geratene Finanzindustrie die makroökonomisch vertretbaren Verschuldungsgrenzen überschritten haben, müssen einen wirtschaftlichen Aufholungsprozess durchlaufen, der durch eine Kombination aus grundlegenden Strukturreformen und aktiver Wachstums- und Beschäftigungspolitik angeschoben wird.

Das Programm des EWF, welches die Konditionalität für die Inanspruchnahme schuldenregulierender Fazilitäten bestimmt, muss sich daher an »Stabilität durch Wachstum und Beschäftigung« orientieren, um den neoliberalen Irrweg der »Stabilität durch forcierte Austerität« abzulösen. Denn er führt geradewegs ins Nirwana des »Paradox of Thrift« (Keynes), wodurch die Krise unnötig und mit unabsehbaren Schadensfolgen vertieft wird (siehe dazu auch: Edelmlüller, a.a.O., S. 98-107). Die wirtschaftspolitische Richtungskorrektur im EU-Krisenmanagement bedeutet auch die Rückkehr auf den investitionsorientierten »europäischen Weg« des allgemeinen Wohlstands, der den Kontinent nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Trauma und den Trümmern des Nazikrieges geführt und zu einer individuell ausgeprägten Zone von Stabilität, Wohlfahrt und Frieden entwickelt hat.

Eine offensive Wirtschaftspolitik in Europa, die sich an Reformprojekten, Investitions- und Wachstumsförderung sowie Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung orientiert, wird in Verbindung mit einer veränderten institutionel-

len Rahmenstruktur der EU die angeblich so unbeeinflussbaren Finanzmärkte zu Erwartungsänderungen zwingen. Die opportunistischen Akteure auf diesen Märkten werden sehr rasch erkennen, dass die Staatsschuldenkrise und die austeritätspolitisch verschärfte Krise der Realwirtschaft nur durch eine reformbereite Wachstums- und Beschäftigungspolitik überwunden werden kann. Denn ohne einen zielführenden Weg zur Reduktion des staatlichen Verschuldungsüberhangs, der einzig durch die wachstumspolitische Aktivierung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsreserven (d. h. Beschäftigungspolitik) möglich ist, werden weder solide Staatsfinanzen noch Stabilität im Finanzsektor herstellbar sein.

Diese wirtschaftspolitische Alternative für Stabilität und Wachstum in Europa wird aber auch die europäischen Gesellschaften verändern. Die notwendigen Regulierungen in den krisenanfälligen Sektoren der Wirtschaft, sozialer Ausgleich und Chancengleichheit, demokratische Partizipation und individuelle Emanzipation werden auf die Agenda der europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zurückkehren. Und die globalen Finanzmärkte werden allmählich die ihnen verbliebene Sanktionsmacht gegen jene Staaten der EU richten, die von den vereinbarten Wachstums- und Beschäftigungspfaden abweichen und aus dem europäischen Koordinationsrahmen auszubrechen versuchen. 

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Ökonom und Banker. Seit April 2010 als Risikovorstand im Sanierungs- und Abwicklungsteam der Hypo Alpe Adria und publiziert in unregelmäßigen Abständen zu den Themen Keynesianismus und ArbeiterInnenbewegung.



TISCHAUTOMAT MIT DIANA AUF DEM KENTAUREN

Hans Jakob I. Bachmann, 1598/1600, Augsburg
Silber, teilweise vergoldet, Bodenplatte nachvergoldet, Tiefschnittemail, Perlen,
Granate, schwarz gebeiztes Holz; Werk: Eisen
H. 39,5 cm

© Wien, Kunsthistorisches Museum

Der Dritte Weg

Ernst Gehmacher entwickelt Vorschläge, welche neuen »Dritten Wege« sich nach dem Scheitern des Kommunismus und der anhaltenden Krise des »Marktwirtschafts-Kapitalismus« eröffnen.

Nach dem Versiegen der »linken« kommunistischen Gesellschaftsrevolution und in der nun offensichtlichen Krise des welterobernden Marktwirtschafts-Kapitalismus auch in seiner demokratischen Form, und erst recht in seinen »rechten« Extremformen, wird die Frage immer dringlicher: Was ist der Dritte Weg in der Politik? Was er vermeiden muss, ist klar: die totale Reglementierung von oben ebenso wie den rücksichtslosen Wettbewerb der Gier. Also, statt »Mehr Staat oder mehr Markt?« einfach »Mehr von beiden!«, wie es der heutigen Main-Stream-Politik des »heiligen Wachstums« auf den sozialstaatlichen »Inseln der Seligen« entspricht, mit der Anbetung hoher Renditen und Investitionen, privat wie öffentlich.

Doch so einfach ist die Wirklichkeit nicht. Sie konfrontiert uns mit Naturgesetzen: Wachstumsraten sind geometrische Reihen, die sich in menschlichen Lebenszeiten ins Unbewältigbare steigern – über 60 Jahre bedeuten 3 % Wachstum eine Versechsfachung, 4 % eine Verzehnfachung, 6 % eine Steigerung von 100 auf 3300. Und das gilt für Bevölkerungszahlen wie für Ressourcenverbrauch oder Kapitalanlagen, für Umweltbelastungen oder Rüstungswettlauf und auch für Arbeitslosigkeit und Ungleichheit. Jedem spezifischen Wachstum sind dadurch Grenzen gesetzt. Nur Neues kann immer wieder entstehen und wachsen.

Gesundheit, psychische Stärke, Selbstwert und Sinngefühl, Wissen und Leistungsfähigkeiten, menschliche Beziehungen und soziale Anerkennung, alle wesentlichen Grundlagen von Wohlbefinden und Glück müssen vom Menschen von früh an »erlernt« und über ein ganzes Leben »geübt« werden. Schnelles und käufliches Glück wird leicht zur Sucht, zu Bedürfnisbetäubung ohne Sättigung mit nachhaltiger Zustandsverschlechterung.

Alles Lernen erfolgt über Mitmenschen und Gemeinschaften, in den Normen von Glauben, Kultur und Lebensstil, durch Vorbilder. Information, die nicht das Gefühl berührt und nicht soziale Sympathie anspricht, bewegt und steuert nicht. Und Lernen braucht Zeit, individuell über Lebensepochen, für Gemeinschaften über Generationen.

Alle großen sozialen Bewegungen, alle neuen Kulturen haben ihren Erfolg und ihre Dauer auf ein solches Lernen von unten her aufgebaut, in Basis-Gemeinschaften mit starken neuen, aber den Naturgesetzen entsprechenden Normen. Das Urchristentum in Rom, die bürgerliche »Aufklärung«, die frühe Arbeiterbewegung mit ihrer eigenen Kultur sind große Beispiele dafür.

EINE NEUE POLITIK

Eine neue Politik, die über aktuelle Problemlösung hinaus auf eine stabile Optimierung des Wohls aller, hier und jetzt, weltweit und auf Dauer ausgerichtet ist, muss eine »lernende Gesellschaft« anstreben, die stetig ihre humanitären Ziele ansteuert, nachhaltig und in Balance der Interessen. Und sie muss alle Ebenen einschließen, von Nachbarschaft und Betrieb bis zur Weltpolitik.

Der Dritte Weg ist weder eine Schnellstraße noch der Wettlauf durch Sumpf und Dickicht, sondern eine Reise mit Kompass und Landkarte, bei der man sowohl das Flugzeug wie die Wanderschuhe mit Bedacht verwendet. Nur das Ziel muss immer gegenwärtig und klar sein und die jeweils gangbaren Routen bestimmen – auch wenn ein endlich erreichter Rastplatz zum Bleiben verlockt.

Das Ziel ist das bestmögliche Wohl möglichst aller Menschen in der engeren Gemeinschaft, in den jeweils größeren

gesellschaftlichen Einheiten bis zur Menschheit auf unserem Planeten. Wohl bedeutet Gesundheit in einem langen Leben, Sicherheit, Geborgenheit und Selbstentfaltung, Gemeinschaft und Ehre – Freiheit von äußerem und innerem Zwang, von Unterdrückung und Sucht, von Not und Angst. Als Grundrecht für alle Menschen.

Dieses Ziel ist stetig anzustreben in unsrer Welt der begrenzten Natur-Ressourcen und Naturkatastrophen, der zerstörenden Ungleichheiten und Süchtigkeiten, ist zu verfolgen mit Mitteln und Kulturformen, die menschliches Wohl und Glück direkt erbringen, ökologisch wie ökonomisch nachhaltig und sparsam. Die Mittel und Wege in dem Streben nach solchem dauerhaften Glück sollen jeweils auf jener Gemeinschafts-Ebene gefunden und genützt werden, die davon betroffen und dazu imstande ist – nach dem Prinzip der Mehr-Ebenen-Autonomie: was unten geht, unten machen, was unten nicht geht, auf die nächsthöhere Ebene delegieren. Jede Ebene braucht dafür Mitdenken, also politisch-sachliche Bildung und Information, Mitsprache über Wahlen und Abstimmungen: Mitbestimmung und Demokratie, von unten nach oben »bottom-up«.

Gesundheit und Notvermeidung (Ernährung, Wohnen, Kleidung, medizinische Versorgung, Gemeinschaft und persönlicher Kontakt) sind als soziale Sicherheit allen, bedingungslos, zu gewährleisten. Dafür sind fundierte Normen eines für das volle Wohl ausreichenden Minimalkonsums stetig zu erstellen, die auch Vorgaben für ein kluges Leben sind. Das Recht auf ein glückliches Leben ohne Süchtigkeit und ohne Status-Konsum ist unabhängig vom individuellen Leistungsbeitrag.

Leistungen sollen möglichst ohne Zwang durch Tätigkeitsfreude und Anerkennung, Selbstentfaltung und Ehre erzielt werden – wie es in der Schulbildung, im Amateursport, in ehrenamtlicher Tätigkeit schon selbstverständlich ist. Unangenehme und gefährliche Arbeiten, die aus inneren Antrie-

ben (intrinsischer Motivation) auch in begrenztem Umfang nicht geleistet würden – und noch nicht von Maschinen übernommen werden können –, sollen in kleineren Portionen als »Bürgerpflicht« zugewiesen werden (Wehrpflicht, Sozialjahr, Katastrophendienste). Der zwischen Hobby-Arbeit und Not-Dienst liegende große Bereich an nachgefragter Arbeit wird über den finanziell gesteuerten Arbeitsmarkt motiviert, bei voller Ausnutzung von Wettbewerb und Einschulung.

Alle Leistung sollte im Lernprozess des Dritten Wegs zunehmend durch den Lohn der Ehre motiviert werden.

LOHN DER EHRE

Ehre, als fundamentales Selbstwertgefühl, ist beglückend und gesund – und beruht auf der wahrgenommenen »reziproken« Achtung und Anerkennung im sozialen Beziehungskreis. Ehre, die nur mit Geld und Status-Symbolen erkaufte wird, ist ebenso wie käufliche Liebe ein sehr schwacher Ersatz – sie führt auch, wie viele augenblicklich befriedigende und auf Dauer enttäuschende und schädigende Genussmittel leicht in die Süchtigkeit und oft dann letztlich in Gewalt, Kriminalität und sozialen Zerfall. Ehrung, wo immer, sollte daher jeder finanziellen Belohnung entzogen werden. Dann das Auftrumpfen mit käuflichen Status-Kennzeichen, in der Mode, mit teuren Konsumgütern und Dienstleistungen, ist eine der Hauptursachen von Geldgier, Korruption und Kriminalität. Hochleistungen, ob beruflich, in Sport, Kultur oder Politik sollen nicht mit Geld und Gepränge, sondern durch soziale Anerkennung geehrt werden. Auch das ist ein längerfristiges Kulturziel, das nur von unten her in Basisgemeinschaften einer neuen Kultur sich ausbreitend zu erreichen ist.

In Bildung und Erziehung, in Fürsorge und Pflege, in Wissenschaft und Kunst kann eine solche neue Kultur gemeinschaftlicher Selbstentfaltung und immateriellen Wirtschaftswachstums am ehesten und am raschesten Fuß fassen und sich ausbreiten. Wenn einmal deutliche Minderheiten (mehr als 15 Prozent) eines solchen neuen Lebensstils das Glück in Ge-

meinschaft vorleben, hat die Politik von oben eine Chance, einer neuen Gesellschaft den Weg zu ebnen.

NACHHALTIGER ERFOLG

Die hier schematisch skizzierten Ziele und deren stete Ansteuerung unter Beachtung der Naturgesetze sind noch kein Programm einer Bewegung, einer Religion oder einer politischen Partei. Sie wären nur eine Grundlage für nachhaltigen Erfolg. Doch auf dem Lern-Weg dazu kann es verschiedene gleichwertige Routen geben – die aber für einzelne Menschen und Gemeinschaften durchaus unterschiedlich günstig sind. So kann zeitweilig ein Aufschwung, der allen etwas bringt, durch Ungleichheit erkaufte werden – oder aber durch mehr staatlichen Dirigismus. Der Dritte Weg kann etwas weiter rechts oder links verlaufen und, wenn die Orientierung nicht verloren geht, doch zum gleichen Ziel führen. So lange die dabei Benachteiligten auch noch an Wohl gewinnen, sind beide Wege gangbar. Doch wenn die Politik keine objektiven Glücks-Maße als Kompass hat, kommt es auf die gesellschaftliche Kraft der berührten Interessengruppen an, welche Politik sich durchsetzt. Koalitionsregierungen sind typisch für solche Balance zwischen Zielverfolgung auf verschiedenen Ebenen, über verschiedene Routen.

Gefährlich, katastrophal wird Politik, wenn sie überwiegend Interessengruppen begünstigt, auf Kosten des Wohls anderer stark Betroffener oder des Gemeinwohls insgesamt. Im Extrem wird das Korruption und Terror. Wesentlich für Wohl und Erfolg einer Gesellschaft ist, dass die Einsicht in die großen Gesetzmäßigkeiten von Politik und Gesellschaft über allem sozialen Handeln steht und Moral, Normen und damit den Erfolg der Gemeinschaft bestimmt. Doch gibt es in dem ideologischen Raum zwischen Links und Rechts noch einen beachtenswerten Unterschied in den Lebensorientierungen philosophisch-psychologischer Art

Rechts steht der Glauben, dass die Menschen in den Gegensätzen von »begabt« und »minderwertig«, von »tüchtig«

und »faul«, von »ehrsam« und »kriminell«, von »gut« und »böse« von vornherein für ihr ganzes Leben unabänderlich fixiert seien – nach Geburt und Herkunft, Rasse und Begabung, Genetik und unabänderlicher Prägung. Nur mehr durch Angst und Lohn, Strafe und Gewinnaussichten seien geringe Verbesserungen und höhere Leistungen zu erzwingen. Trost und Stolz sind da nur in den äußeren Zeichen des Erfolgs, in Geld und Prestige zu finden, in den Emblemen der Auserwähltheit.

Im Extrem rechtfertigt das die Ausrottung Minderwertiger, die Todesstrafe für Verbrechen und die Ungleichheit im Wohlstand. Gemildert entspricht das weitgehend allen bisherigen Politikformen von Sklaverei und Feudalherrschaft bis zur modernen gesellschaftlichen Schichtung nach wirtschaftlicher und justizieller Zuordnung. Funktioniert hat das immer, aber nur bis zur nächsten Krise, Katastrophe und Revolution.

EGALITÄR

Links steht der Glauben, dass die wesenseigenen und unabänderlichen Unterschiede zwischen gesunden Menschen verschiedener Rassen und Nationen, verschiedener Sozialschichten und auch zwischen Mann und Frau gering und nicht wesentlich sind – und sich durch Erziehung und Politik weitgehend ausgleichen lassen. Ein solches egalitäres Menschenbild trägt wesentlich zum Wohl und Erfolg in kleineren Gemeinschaften und in zwischenmenschlichen Beziehungen bei – und zur Seelenstärke und Gesundheit der Personen, die daraus ein geduldiges Selbstwertgefühl gewinnen. Im Großen funktionierte es aber bisher nur in »elitären« Gesellschaftsinstitutionen, wie Orden, Klöstern, Kadern, Kibbuzim. Also durch Auswahl. In der Aufteilung der Aufgaben, die immer auch Über- und Unterordnung benötigt, lässt sich tatsächliche Leistungsgleichheit nicht verwirklichen. Und der Ausgleich durch Lernen und Übung braucht zu lange und braucht zu viel soziale Zuwendung, als dass dadurch jeder Defizit in sinnvollen Bildungsjahren ausgeglichen werden könnte. Und auf globalem Niveau braucht es dazu Generationen.

Offenbar liegt der Dritte Weg in der Einsicht, dass alle Fähigkeiten aus einer vielfältigen Interaktion zwischen vorhandenen Kapazitäten (angeboren und vom Mutterleib an erlernt) und fortdauerndem Lernen durch Prägung und Gewöhnung entstehen. Wenn solches Verständnis sich mit dem Wissen verbindet, dass die bestmögliche Verteilung von Fähigkeiten in der Gesellschaft ständig gesucht werden muss und selten ganz, nie auf Dauer zu erreichen ist, dann entsteht daraus die stete Balance zwischen der Förderung individueller Entwicklung und der Gleichachtung auch der Schwächeren, der Außenseiter und der in die Kriminalität »verirrten Schafe« – wie das einer der konsequentesten Linken genannt hat.

Einer Politik des Dritten Wegs stellen sich da viele Aufgaben, jeweils für einen Bereich zu einem gegebenen Zeitpunkt, im Großen wie im Kleinen, eine gute Route zu finden und dafür Verständnis und demokratische Unterstützung zu gewinnen. Meist ist die Balance schwerer zu vertreten als die extreme Entrüstung oder das Ideal der Gleichheit. Und das gilt nicht nur für den zielführenden Ausgleich zwischen Staat und Privat, sondern ebenso zwischen Strenge und Milde in der Justiz, zwischen Gesamtschule und Begabungsförderung, zwischen Wehrdienst und Zivildienst, zwischen Gemeindeförderung und Häuselbauen, zwischen Spitzeneinkommen und Mindestlohn. Doch das oberste Ziel ist nie aus den Augen zu verlieren – das Wohl für alle. Und zu diesem Wohl gehört zuallererst das Bewusstsein, als Mensch unabhängig von Leistung und Erfolg wertvoll und geachtet zu sein. 🍀

ERNST GEHMACHER

ist Sozialwissenschaftler und war langjähriger Mitarbeiter
und Geschäftsführer des Sozialforschungsinstituts IFES.



FLIEGENDER MERKUR

Jean Boulogne, gen. Giambologna, um 1585, Florenz
Bronze, H. 62,7 cm

© Wien, Kunsthistorisches Museum



VANITAS

Michel Erhart / Jörg Syrlin d. Ä., c. 1470/1480, Ulm
Holz, Lindenholz mit alter Fassung H. 46,5 cm
© Wien, Kunsthistorisches Museum

Ein österreichisches Heldenzeitalter

Felix Butschek nimmt das von Heinz Kienzl und Herbert Skarke herausgegebene Werk »Anton Benya und der Austroszialismus« zum Anlass, das Buch und dessen »Hauptdarsteller« zu würdigen.

In früheren Zeiten pflegte man im historischen Rückblick oft von einem »österreichischen Heldenzeitalter« zu sprechen und meinte damit vor allem militärische Ruhmestaten während der Türkenkriege. Nun haben sich im letzten Jahrhundert die Auffassungen darüber, was für die Gesellschaft nützlich ist, gravierend geändert, doch ließe sich gerade unter diesen gewandelten Aspekten für die jüngere österreichische Geschichte durchaus Ähnliches sagen.

Entgegen der Auffassung vieler Intellektueller, welche an Österreich absolut nichts Positives zu entdecken vermögen, erweist sich die Entwicklung dieses Landes nach dem 2. Weltkrieg als überwältigender Erfolg. Das gilt nicht nur für die erstaunlich rasche Überwindung der dramatischen Kriegsfolgen, sondern vielleicht noch mehr für die späteren Perioden. Österreich wandelte sich in dieser Zeit von einem der ärmsten Industriestaaten zu einem der reichsten nicht allein der Europäischen Union sondern der Welt überhaupt. Dazu kam aber, dass nicht nur die Einkommen wuchsen, sondern es konnte in dieser Phase ein umfassendes System der sozialen Sicherheit aufgebaut und die rechtliche Position der Arbeitnehmer durch ein modernes Arbeitsrecht abgesichert werden.

Damit wird ein weiterer wichtiger Aspekt der gesellschaftlichen Entwicklung berührt. Waren während der ersten Jahre nach dem Kriege noch Klassenschranken spür- und sichtbar, hat sich auch hier die Situation grundlegend geändert. Österreich zählte alsbald nicht nur zu Ländern mit ausgeprägt gleichmäßiger Einkommensverteilung, die sozialen Strukturen hatten sich grundlegend geändert. Die Arbeitnehmer und ihre politischen Vertreter dominierten auf fast allen Ebenen des sozialen Lebens bis hinein in das Management von Großunternehmungen. Und alle diese Veränderungen erwiesen sich derart nachhaltig, dass sie bis in die Gegenwart fortwir-

ken. Österreich zählt unverändert zu den reichsten Staaten der EU. Es verzeichnet die geringste Arbeitslosigkeit dieser Staatengruppe. Auch die anderen relevanten ökonomischen Daten liegen zumeist über dem EU-Durchschnitt. Das Land ist bekannt für seine innere Sicherheit sowie für seine politische Stabilität.

Nun könnte man einwenden, die tägliche Zeitungslektüre zeige doch ein ganz anderes Bild, demonstriere viele Versäumnisse sowie Unzulänglichkeiten. Aber abgesehen davon, dass hier ständig übertrieben wird, ist natürlich festzustellen, dass auch dieser Staat von Menschen mit allen ihren Schwächen bewohnt wird, und es lassen sich manche Fehlentwicklungen konstatieren; aber wenn man ein adäquates historisches Bild gewinnen will, dann muss man fundamentale und langfristige internationale Vergleiche anstellen, um sinnvolle Aussagen treffen zu können.

Die Gewerkschaft als Wachstumsmotor

Ausländische Beobachter der eindrucksvollen österreichischen Entwicklung stellen oft die Frage nach den Ursachen dafür, weil das Land ja nicht durch sonderlich viele natürliche Ressourcen begünstigt ist. Sie kamen in ihren Untersuchungen meist zu dem Ergebnis, dass wohl der Sozialpartnerschaft eine zentrale Rolle zugewiesen werden muss. Diese Autoren sahen in der Kooperation der Marktparteien generell einen der Gründe für das »Goldene Zeitalter« in Westeuropa, weil dadurch die Transaktionskosten gesenkt und die Erwartungen optimiert wurden. In Österreich sei diese Konstellation durch zahlreiche spezifische Institutionen besonders ausgeprägt gewesen. So weit, so gut. Hier kam jedoch noch ein weiteres Element dazu. Während sich in dieser Phase die anderen europäischen Gewerkschaften im Wesentlichen bemühten, die wirtschaftliche Entwicklung sozial abzusichern, ging der ÖGB

weiter, indem er die Initiative in der Wirtschaftspolitik selbst ergriff und diese aktiv gestaltete. Das geschah schon in der Nachkriegszeit durch die »Preis-Lohn-Abkommen« unter noch teilweise planwirtschaftlichen Verhältnissen, wurde aber unter marktwirtschaftlichen Bedingungen fortgesetzt. Und für die Politik stand Anton Benya.

Als Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes von 1962 bis 1987 verantwortete er dessen Politik sowohl in der Periode des »Goldenen Zeitalters« wie auch in der folgenden Phase des gedämpften Wachstums. In dieser Zeitspanne wurden eine Fülle von Verbesserungen der materiellen wie der rechtlichen Position der Arbeitnehmer realisiert, stets aber unter Bedachtnahme auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten und im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Einrichtungen. Diese Gegebenheiten fanden ihren Ausdruck in der niedrigsten Streikrate Europas. Darüber hinaus aber bestimmte der öGB in beträchtlichem Ausmaß die österreichische Wirtschaftspolitik. Benya wurde damit zu einer der zentralen Figuren der Zweiten Republik.

Und eine solche Politik konnte er auch auf Grund seiner Persönlichkeit betreiben. Er verfügte über ein ungeheures Prestige. Das war wohl zu einem Teil auch den Zeitläuften geschuldet. Die Gewerkschafter seiner Generation hatten alle in Betrieben gearbeitet, dort Funktionen inne gehabt und waren für ihre politischen Überzeugungen verfolgt worden. Aber darüber hinaus beeindruckte Benya durch seine absolute Korrektheit und Loyalität. Kommentatoren weisen stets darauf hin, dass er nicht für Kreisky als Parteivorsitzenden gestimmt habe, aber vom Zeitpunkt der Wahl absolut loyal zu ihm gestanden sei.

Aber das galt für alle Bereiche; für sein Verhältnis zu den Mitarbeitern, wie auch zu den Verhandlungspartnern. Diese Loyalität legte er auch Außenstehenden gegenüber stets an den Tag. Als die Frage an ihn herangetragen wurde, ob Kardinal König eingeladen werden könnte, um vor dem Bundes-

vorstand des öGB zu sprechen, sagte er sofort mit den Worten zu: » Er ist schließlich auch mein Kardinal!«

Sein Privatleben war durch eindrucksvolle Bescheidenheit gekennzeichnet. Meist hielt er sich persönlich im Hintergrund. So repräsentierte er nicht nur einen vorbildlichen politischen Vertreter, sondern versinnbildlichte in seiner Person den Aufstieg der Arbeiterschaft in der 2. Republik, welcher seinen formellen Niederschlag in seiner Funktion als Präsident des Nationalrates fand.

AUSTROSOZIALISMUS?

Die Festschrift wird durch den Mitherausgeber Herbert Starke eingeleitet, welcher zwar der folgenden Generation Benyas zuzurechnen ist, aber doch noch unter ähnlichen Bedingungen aufwuchs. Er berichtet, wie sehr dieser die jungen Betriebsräte beeindruckt und geformt hat.

Es kann nicht weiter überraschen, dass Heinz Kienzl den umfangreichsten Beitrag zu dieser Festschrift geleistet hat. Denn nicht nur, dass er die Periode, in welcher Anton Benya die Präsidentschaft des öGB innehatte, aktiv miterlebte, er gestaltete durch die außerordentlich enge Kooperation mit ihm die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft mit. Der Rezensent kann sich eines Gesprächs mit Benya entsinnen, in welchem dieser auf dieses enge und intensive Vertrauensverhältnis explizit hinwies.

Als jemand, der die gesamte Periode nach 1945 miterlebt und auch stets historischen und theoretischen Aspekten der Entwicklung große Aufmerksamkeit geschenkt hatte, bemüht sich Kienzl auch um die säkulare Einordnung dieses Zeitabschnitts. Er greift dazu auf die Klassiker der sozialistischen Theorie zurück. Karl Marx sei davon ausgegangen, dass der Sozialismus nur durch eine Revolution, also durch eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft verwirklicht werden könne. Kienzl meint nun, dass sich eine solche seit dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie wohl voll-

zogen habe. Und was die Herrschaft des Proletariats anbelange, so sei die heutige Gesellschaft eben eine der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten. Damit wären auch die Auffassungen Lassalles realisiert worden, welcher den Staat mit demokratischen Mitteln erobern wollte und erwartete, dass dieser dann die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen würde. Ähnliches gelte für die Vorstellungen Eduard Bernsteins, der sich keine statische Gesellschaftsstruktur vorstellen konnte, sondern die Dynamik der Entwicklung betonte. So sei, meint Kienzl, von Mitte der 1960er- bis Mitte der 1990er-Jahre in Österreich unter diesen historischen Aspekten der Sozialismus verwirklicht worden.

Natürlich könnte man diese Überlegungen verallgemeinern, weil der fundamentale soziale Umbruch seit Ende des 19. Jahrhunderts ja fast alle westeuropäischen Industriestaaten betroffen hat. Damit wurde die historische Klassengesellschaft in eine prinzipiell egalitäre verwandelt. Der »Rheinische Kapitalismus« wurde zur vorherrschenden Institutionenstruktur. Dass dieser den historischen Vorstellungen von Sozialismus nahegekommen ist, gilt umso mehr, als inzwischen klar scheint, dass die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende Marktwirtschaft das effizienteste Wirtschaftssystem darstellt. Aber natürlich weisen die europäischen Staaten unterschiedlich starke sozialdemokratische Elemente auf, sodass die Charakterisierung dieser Periode durch Kienzl einiges für sich hat.

Er schildert in der Folge wie der öGB programmatisch wie faktisch den Fortgang der österreichischen Wirtschaft beeinflusst hatte und welche Rolle Benya hierbei spielte. Paradigmatisch scheint sein Vorgehen im Zusammenhang mit der angestrebten Schließung des verlustreichen Braunkohlenbergwerks in Fohnsdorf. Er hatte es übernommen, dem Betriebsrat die Notwendigkeit dazu klar zu machen, als ihm der populistische steirische Landeshauptmann Josef Krainer in den Rücken fiel und erklärte, solange er im Amt sei, werde es keine Schließung geben. Damit soll gesagt sein, dass der öGB und Benya bereit

waren, selbst unangenehme wirtschaftspolitische Maßnahmen zu unterstützen, um erforderliche Strukturänderungen zu ermöglichen. Das gilt aber auch die Hartwährungspolitik, welche nach der »Ölkrise« von Androsch, Rieger und Kienzl vertreten wurde, aber nur durch die Unterstützung Benyas gegen Kreisky, Vertreter der Wirtschaft, den IMF und den Rat vieler NationalökonomInnen durchgesetzt werden konnte.

DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN REFERENTEN DES ÖGB

Die analytischen Beiträge zur Festschrift verfassten alle die – ehemaligen – volkswirtschaftlichen Referenten des öGB. Das gilt schon für Heinz Kienzl, aber auch für die anderen Autoren. So vermittelt Thomas Lachs Erfahrungen mit Benya als Arbeitgeber und Vorgesetzter. Er unterstreicht hierbei dessen liebenswürdigen Umgang mit seinen Mitarbeitern, welchen er weitgehend freie Hand einräumte, aber stets loyal hinter ihnen stand.

Durch den Beitrag Herbert Tumpels wird evident, welche Unzahl von Verbesserungen in der Ära Benya erreicht werden konnten, aber auch, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen wurden, um das Wirtschaftswachstum zu optimieren. Tumpel unterstreicht die Bedeutung der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit, doch lässt sich seinen Ausführungen entnehmen, dass der öGB vielfach spontan Entscheidungen zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung getroffen hat.

Werner Muhm unterstreicht gleichfalls den Wert der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit, doch habe sich die Situation schon mit dem Abgang Rudolf Sallingers versteift und mit dem EU-Beitritt noch stärker. In diesem Rahmen seien an Stelle der umfassenden Interessenvertretungen hochbezahlte Lobbyisten getreten, die notabene vor dem aufgetauchten neoklassischen Hintergrund agierten. Heinz Zourek weist auf das wichtige Phänomen hin, welches gleichfalls den öGB von vielen anderen Gewerkschaften unterscheidet, nämlich dass


sich dieser stets für Freihandel und damit auch für die Integration Österreichs letztlich in die EU engagiert habe – was manche interne Abklärungen erfordert habe. Georg Kovarik widmet sich ausführlich der Periode nach dem »Austrosozialismus«, wobei er seine Aufmerksamkeit vor allem auf die Politik der Regierungen Schüssel I und II richtet. Hierbei kritisiert er uneingeschränkt die Maßnahmen, welche zur Stabilisierung des Pensionssystems ergriffen und vom ÖGB damals bekämpft wurden.

Angesichts der jüngsten, auch sozialpartnerschaftlich akkordierten, Versuche das Pensionssystem auf eine festere Basis zu stellen, schiene eine leidenschaftslosere Einschätzung der damaligen Regierungsaktivitäten angebracht. Umso mehr als der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen bereits 1991 in einer Studie auf die zu erwartenden demographischen Belastungen der Pensionsversicherung hingewiesen hatte, eine Frage, welche durch Stabilisierungserfordernisse des Budgets noch an Aktualität gewonnen hatten.

DAS WIRTSCHAFTSPOLITISCHE UMFELD

Der zweite Teil des Buches besteht aus Interviews, die Heinz Kienzl, Ernst Gehmacher und Tainina Bonaparte mit Damen und Herren aus dem Bereich sozialdemokratischer Ökonomen und Gewerkschafter angestellt haben, welche als Zeitzeugen des »Austro-Sozialismus« betrachtet werden können (Androsch, Blecha, Fischer, Grünwald, Hostasch, Lacina, Pöder, Tumpel-Gugerell, Verzetnitsch, Vranitzky). Deren Aussagen erweisen sich nicht nur von der Sache her als außerordentlich instruktiv, sondern auch deshalb, weil die meisten Befragten über Erfolge, aber auch über die Probleme der damaligen Wirtschaftsentwicklung sehr offen sprechen – und selbstverständlich immer den Bezug zu Anton Benya herstellen.

Beschlossen wird das Buch mit einem autobiographischen Interview des Gewerkschaftspräsidenten aus dem Jahr 1990, welches interessante Aufschlüsse über die Denkweise der Gewerkschaftsfunktionäre in den ersten Jahrzehnten nach

dem 2. Weltkrieg vermittelt. Sie war durch Vernunft, Verantwortungsbewusstsein, aber auch Entschlossenheit gekennzeichnet. Auf diese Weise ist es den Herausgebern gelungen, nicht nur ein anschauliches Bild Anton Benyas, als einer der bedeutendsten politischen Persönlichkeiten der 2. Republik zu zeichnen, sondern auch eine solches der erfolgreichsten Period der Wirtschaftsgeschichte, ja der österreichischen Geschichte überhaupt, zu vermitteln. 

FELIX BUTSCHEK

war langjähriger Mitarbeiter des WIFO, dessen stellvertretende Leitung er 1981-1987 innehatte und ist bis heute regelmäßig mit Publikationen zu wirtschaftspolitischen Fragen aktiv.



DIE TATEN DES DOM JOÃO DE CASTRO

Die Befreiung der portugiesischen Festung Diu
Brüssel, nach 1557 (?)
Tapisserie: Wolle, Seide, Gold- und Silberfäden
© Wien, Kunsthistorisches Museum

S. DE CASTRO. 13. INDIE
TICALIENOIE DE IOPE. COTRA
CABAIE. CAPITANIS. OBTIVITACT



Europa, Demokratie & ein Manifest



Robert Menasse DER EUROPÄISCHE LANDBOTE

Robert Menasse reist nach Brüssel und erlebt einige Überraschungen: offene Türen und kompetente Informationen, eine schlanke Bürokratie, hochqualifizierte Beamte und funktionale Hierarchien. Menasses dem Geist Georg

Büchners verpflichteter Essay fordert nichts weniger als »die Erfindung einer neuen, einer nachnationalen Demokratie«.

ZSOLNAY VERLAG, 111 Seiten, 12,90 Euro



Karl-Wilhelm Weeber HELLAS SEI DANK!

Die Griechen waren es, die uns die Demokratie brachten, Philosophie lehrten und die Dichtkunst schenkten. Was ist schon der Euro gegen Sokrates, Alexander und Olympia? Gewohnt unterhaltsam und lehrreich zugleich erkundet Weeber die Antike und hält uns vor Augen,

warum wir auch heute nicht ohne sie leben können und wir Europäer es sind, die in der Schuld Griechenlands stehen.

SIEDLER, 400 Seiten, 23,70 Euro



Jan-Werner Müller DAS DEMOKRATISCHE ZEITALTER

In einer Mischung aus Geistes- und Kulturgeschichte, angereichert durch eine Fülle von biografischen Skizzen einflussreicher, heute zum Teil vergessener Denker, zeichnet Jan-Werner Müller nach, welche politischen Ideen und Köpfe das

Zeitalter der ideologischen Extreme bis 1945 geformt und welche das Schicksal Europas danach maßgeblich bestimmt haben.

SUHRKAMP, 519 Seiten, 41,10 Euro



Gareth Stedman Jones DAS KOMMUNISTISCHE MANIFEST

Gareth Stedman Jones macht seinen Inhalt verständlich, verortet ihn in der politischen Ideengeschichte, seziert die unterschiedlichen Einflüsse, denen Marx und Engels bei der Abfassung unterlagen und fragt nach der gegenwärtigen Relevanz seiner Thesen. Dabei werden die Grundideen sichtbar, auf denen Marx das Manifest aufbaute und an deren theoretischer Begründung er scheitern sollte.

C. H. BECK, 318 Seiten, 15,40 Euro



B. Pörksen / W. Krischke (Hrsg.) DIE GEHETZTE POLITIK

Der Takt der internationalen Finanzmärkte diktiert gewählten Regierungen die Agenda, Lobbys und Seilschaften infiltrieren die Büros von Abgeordneten und Beamten, Affären und Rücktritte bringen den Beruf des Politikers in Misskredit. Gleichzeitig gewinnt der Kampf um Aufmerksamkeit an Schärfe, wird der Ton öffentlicher Debatten rauer, regiert eine neue Lust am Spektakel.

HERBERT VON HALEM, 362 Seiten, 20,60 Euro



Roland Reuß ENDE DER HYPNOSE

Dreißig Jahre nach dem Vordringen digitaler Technik ins Wohnzimmer leiden wir immer noch unter der kollektiven Hypnose, die Marshall McLuhan als erste Konsequenz der Heraufkunft eines neuen Mediums diagnostizierte. Die Analysen von »Ende der Hypnose« wenden sich gegen die weitverbreitete Komplizenschaft mit den technokratischen Grundzügen des Zeitalters.

STROEMFELD, 128 Seiten, 13,20 Euro

Jugoslawien, Sowjetunion & China



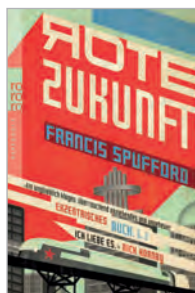
Zoran Ferić
DAS ALTER KAM AM 23. MAI
GEGEN 11 UHR

Die ehemalige Klasse eines Zagreber Gymnasiums trifft nach Jahren zusammen, um ihre Abiturfahrt zu wiederholen. Mit Ironie und Humor zeichnet Zoran Ferić ein Sittenbild der goldenen Jugend im Tito-Jugoslawien, Abkömmlinge einer neuen privilegierten Klasse, deren Pubertät mehr von den Auswirkungen der sexuellen denn der sozialen Revolution geprägt ist, und streift alle Seiten des Lebens.
FOLIO VERLAG, 538 Seiten, 24,90 Euro



Marica Bodrožić
KIRSCHHOLZ UND
ALTE GEFÜHLE

Von vielem kann Arjeta Filipo sich trennen, vom Tisch ihrer Großmutter aber nicht. Jetzt sitzt sie an diesem Erbstück in ihrer neuen Berliner Wohnung und breitet darauf Fotos aus, die ihr beim Umzug in die Hände fallen. Die Erinnerungen steigen in ihr auf, als würde das Kirschholz alle Geschichten preisgeben, deren Zeuge der Tisch im Laufe der Jahre geworden ist.
LUCHTERHAND, 220 Seiten, 20,60 Euro



Francis Spufford
ROTE ZUKUNFT

Es gab eine Zeit nach Stalins Tod, da glaubten Menschen in Ost und West, die Sowjetunion werde den Westen bald technisch und wirtschaftlich überholen. Der Sputnik zog durchs All, die Industriewuchs und wuchs bis das rote Wirtschaftswunder von der Ideologie erdrosselt und anschließend die Ideologie von der Realität gefressen wurde. Die Maschinen begannen zu rosten, die Menschen resignierten.
ROWOHLT TB, 576 Seiten, 15,50 Euro



Yu Hua
CHINA IN ZEHN WÖRTERN

Yu Hua ist einer der bedeutendsten Schriftsteller Chinas. Dass sein neues Buch »China in zehn Wörtern« von den Chinesen verboten wurde, liegt weniger an seiner Kritik am heutigen China als an den Parallelen, die er zwischen der Kulturrevolution und dem neuen kapitalistischen System zieht. Wie zu Zeiten Mao Zedongs sieht Yu auch heute Unmenschlichkeit und Gewalt.
S. FISCHER, 336 Seiten, 20,60 Euro



Robert Seethaler
DER TRAFIKANT

Österreich 1937: Der 17-jährige Franz Huchel arbeitet als Lehrling in einer Trafik. Dort begegnet er dem Stammkunden Sigmund Freud. Als sich Franz in die Variété­tänzerin Anezka verliebt und in eine tiefe Verunsicherung stürzt, sucht er bei Professor Freud Rat. Dabei stellt sich jedoch schnell heraus, dass dem weltbekannten Psychoanalytiker das weibliche Geschlecht ein mindestens ebenso großes Rätsel ist wie Franz.
KEIN & ABER, Seiten, 20,50 Euro



Ingomar von Kieseritzky
TRAURIGE THERAPEUTEN

Wenn Herrn Singrams Erinnerungsfähigkeit nachlässt, versenkt er sich in die anekdotenreichen Tagebücher seiner Vorfahren, die alle eine Schwäche für Tiere hatten. Kieseritzkys Roman ist ein absurdes »Brehms Tierleben« über die grundsätzlich vergängliche Einrichtung der Welt und ihre Malaisen mit der Auswirkung, dass strotzende Gesundheit im Vergleich dazu öde und langweilig wirkt.
C. H. BECK, 347 Seiten, 20,60 Euro

Ist der Euroaustritt eine Lösung?

Nicht wenige erwarten von einem Euroaustritt die Wiedergewinnung nationaler wirtschafts- und entwicklungspolitischer Spielräume. Die in den letzten Jahren diskutierten Szenarien reichen vom Euroraumaustritt eines Landes über die Trennung in einen Nord- und Südeuro bis hin zum Auseinanderbrechen der Währungsunion und Wiedereinführung nationaler Währungen.


Das Argument lautet, der Euro habe als zu strenges Korsett gewirkt; die Wettbewerbsfähigkeit der Peripheriestaaten des Euroraums sei dadurch zunehmend untergraben worden. Die den Programmländern durch die Troika nun verordnete »interne Abwertung« über drastische Einkommensenkungen habe diese erst recht in die Tiefe gezogen. Mit der Einführung eigener Währungen und deren nomineller Abwertung könne, so die Argumentation, preisliche Wettbewerbsfähigkeit gewonnen werden. Oft wird auf die Erfahrungen Argentiniens verwiesen, das in der Dekade bis 2001 eine ähnliche makroökonomische Entwicklung nahm, wie Griechenland in den zehn Jahren nach dem Euroeintritt 2002: ein fixes Wechselkursystem durch die Bindung des Peso an den US-Dollar (analog zur Eurobindung Griechenlands), der Einbruch der Wirtschaftsleistung um 16% (Griechenland: -20%) nach einer Phase kräftigen, überwiegend auslandsfinanzierten Wachstums und der starke Aufbau von Leistungsbilanzdefiziten. Argentinien wertete den Peso Anfang 2002 stark ab. In der Folge konnte Argentinien seine Wirtschaftsleistung innerhalb von nur zehn Jahren beinahe verdoppeln und das Leistungsbilanzdefizit reduzieren.

Die Gründe, warum diese positiven Erfahrungen der Abwertung z. B. nicht auf Griechenland übertragbar sind, sind zum einen die weitaus höheren makroökonomischen Ungleichgewichte, mit denen Griechenland zu kämpfen hat. So sind die Leistungsbilanzdefizite und die Staats- und Auslandsverschuldung bedeutend höher als dies in Argentinien vor der Krise der Fall war. Auch ist die Finanzmarktverflechtung mit den Ländern des Euroraums viel stärker. Dies gilt für sämtliche Peripheriestaaten. Eine Abwertung der Währungen wäre mit erheblichen Bilanzeffekten verbunden: Die Schuldenlast in neuer Währung würde mit dem Ausmaß der nominellen Abwertung steigen. Zahlungsunfähigkeit und Insolvenzen wären die Folge. Kommt es zu einem Auseinanderbrechen der

Währungsunion, sind eine Rezession und ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit sowohl in den Kernwährungs-, als auch in den Peripherieländern die Folge. Manche Schätzungen verweisen gar auf negative zweistellige Wachstumsraten. Es sind weniger die Wirkungen der Wechselkursschocks auf den Außenhandel, die hier für die Länder bedeutend sind, sondern vielmehr die Folgen, die vom Finanzsektor ausgehen. Die Bilanzeffekte, die durch die Umrechnung der Schuldenstände der Peripheriestaaten auftreten und zu Zahlungsausfällen führen, treffen vor allem die Kernwährungsländer stark. Aus diesen Gründen ist die Europäische Währungsunion, wie schon Barry Eichengreen im November 2007 angemerkt hat, irreversibel: Ein Euroaustritt *would trigger the mother of all financial crises*. (Eichengreen 2007)

Die Europäische Union hat letztlich im Eigeninteresse die Schutzschirme im Krisenverlauf über verschiedene Mechanismen gestärkt. Ein Euroaustritt Griechenlands wurde als Option aufgrund der möglichen Übertragungswirkungen auf andere Länder als apokalyptisches Szenario verworfen. Dazu kommt, dass positive makroökonomische Wirkungen der Abwertungen zweifelhaft sind.

Ob eine Abwertung die preisliche Wettbewerbsfähigkeit mittel- bis langfristig herstellt, ist grundsätzlich fraglich. Eine Abwertung verteuert die Importe und verbilligt die Exporte, wodurch das Leistungsbilanzdefizit sinken sollte. In Griechenland spielt aber die Exportindustrie nur eine untergeordnete Rolle. Der Anteil der Exporte von Gütern und Dienstleistungen am BIP lag im Jahr 2009 bei ca. lediglich 20% und die Exporttätigkeit findet hauptsächlich in Branchen mit niedriger und mittlerer Technologieintensität statt. Die über steigende Importpreise (auf Energie, Produktions- und Konsumgüter) induzierte Inflation könnte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wieder verschlechtern.

Ein Euroaustritt trägt nichts zur Lösung der Probleme bei, sondern schafft neue. Die Durchsetzung alternativer wirtschaftspolitischer Strategien ist letztlich nur über den Weg der Demokratisierung und Stärkung europäischer Institutionen machbar. 

IRENE MOZART

ist Wirtschaftsforscherin in Wien.

